

OBERRHEINRAT – CONSEIL RHENAN

PLENARSITZUNG / SEANCE PLENIERE

Montag, 19. Juni 2017 / lundi 19 juin 2017

10:00 Uhr / 10h00

Landratsamt Lörrach

Tagesordnung / Ordre du jour

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden S. 1
2. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 9. Dezember 2016 S. 8
3. „Die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und deren Mehrwert für Europa“
Vortrag: Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg S. 3
4. „Aktuelles aus der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein“
Vortrag: Bärbel Schäfer, Vizepräsidentin der Oberrheinkonferenz, Regierungspräsidentin, Regierungspräsidium Freiburg S. 8
5. Bericht zu laufenden Resolutionen durch den Vorsitzenden..... S. 13
6. Überarbeitung von Vereinbarung und Geschäftsordnung des Oberrheinrats S. 14

7. Arbeiten und neue Resolutionsentwürfe der Kommissionen – Berichte der Kommissionspräsidien	
a) Kommission Verkehr, Raumordnung und Katastrophenhilfe Bericht: Dr. Christoph Schnaudigel, Vorsitzender	S. 14
b) Kommission Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesundheit Bericht: Peter Brodbeck, Vorsitzender	S. 16
c) Kommission Kultur, Jugend, Bildung und Sport Bericht: Barbara Schleicher-Rothmund, Vorsitzende Beschluss: Projekte und Erfahrungen aus der Praxis der grenzüberschreitenden Ausbildung am Oberrhein	S. 17
d) Kommission Landwirtschaft, Umwelt, Klima und Energie Bericht: Daniel Adrian, Vorsitzender Beschluss: Invasive Pflanzen- und Tierarten im Oberrheingebiet.....	S. 19
8. Neue Resolutionsentwürfe des Vorstands	S. 31
9. Wahlvorschlag – Vorstand	S. 39
10. Verschiedenes	S. 42

Anwesend

Delegation Baden-Württemberg:

Josef Frey (Präsident des Oberrheinrats); Dr. Rainer Balzer, Marion Dammann, Sylvia Felder, Marion Gentges, Hanno Hurth, Jürgen Keck, Rüdiger Klos, Joachim Kößler, Dr. Frank Mentrup, Margret Mergen, Reinhold Pix, Dr. Patrick Rapp, Gabi Rolland, Barbara Saebel, Alexander Schoch, Felix Schreiner, Andrea Schwarz, Dr. Christoph Schnaudigel, Rainer Stickelberger.

Delegation Rheinland-Pfalz:

Matthias Ackermann, Dr. Fritz Brechtel, Theo Kautzmann, Barbara Schleicher-Rothmund, Martin Louis Schmidt, Christine Schneider.

Membres Alsace:

Daniel Adrian, Oliver Becht, Jean-Marie Belliard, Rémi Bertrand, Jean-Luc Bohl, Etienne Burger, Christian Debeve, Claudine Ganter, Bernard Gerber, Daniel Hoeffel, Jean-Louis Hoerle, Marianne Horny-Gonier, Evelyne Isinger, Virginie Joron, Eliane Klein, Francis Kleitz, Laurence Muller-Bronn, Frédéric Pfliegersdoerffer, Roland Ries, Jean Rottner, Pascale Schmidiger, Cléo Schweizer, Claude Sturni, Marion Wilhelm, Christèle Willer, Huguette Zeller, Christian Zimmermann, Jean-Marie Zoellé.

Mitglieder Nordwestschweiz:

Roland Agustoni, Elisabeth Augstburger, Peter Brodbeck, Dr. Hans Büttiker, Dr. Christoph Hänggi, Mariane Hollinger, Monika Kornmayer, Christian Moesch, Helen Schai-Zigerlig, Dr. Heinrich Überwasser, Daniel Vulliamy, Dr. Christian von Wartburg.

Gäste:

Tim Cuénod, Gisela Eler, Dr. Kirsten Köppler, Nicolette Kressl, Markus Lapp, Stephan Luethi-Brüderlin, Bruno Mathieu, Michael von Passavant, Beat K. Schaller, Bärbel Schäfer.

Verwaltung:

Marie Back, Armin Bledemann, Stefan Böhm, Corinne Bourger, Joëlle Annabell Buchner, Tobias Fahrländer, Marcel Friesecke, Dieter Grünert, Eva Gschwind, Dr. Patrice Harster, Reinhard Hönle, Dr. Dieter Karlin, Maria Koukouvini, Dominique Langenbach, Anja Laubner, Frédéric Messinéo, Suzanna Neib, Vera Nette, Fabian Reidinger, Yasemine Soulaïmani-Hartmann.

Punkt 1 **Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden**

Präsident Josef Frey eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und begrüßt die Anwesenden, insbesondere Frau Staatsrätin Gisela Erler.

Er führt aus, nach dem wichtigen Wahltag in der Französischen Republik möchte er vor allem den französischen Kollegen heute zu ihrer Runde gratulieren. Frankreich habe mit dem Wahlergebnis für Stabilität und Weltoffenheit gestimmt. Sicher werde auch die Oberrheinregion in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hiervon profitieren können und Impulse nach Paris senden oder von Paris bekommen können.

Den Bericht der Oberrheinkonferenz werde nicht Herr Fratacci, sondern die stellvertretende Präsidentin der Oberrheinkonferenz, Frau Schäfer, Regierungspräsidentin aus Freiburg, vortragen, da Herr Fratacci in das Innenministerium der neuen französischen Regierung berufen worden sei. Der Oberrheinrat wünsche ihm viel Glück und Erfolg für seine Arbeit.

Auch in der Schweiz sei neu gewählt worden. Von dort begrüße er den neuen Vizepräsidenten Dr. Christian von Wartburg, der auch der Regiokommission von Basel-Stadt vorsitze.

Er dankt Frau Landrätin Dammann für die Gastfreundschaft in den Räumlichkeiten des Landratsamts Lörrach. Zusammen mit dem Landkreis Lörrach setze sich der Oberrheinrat seit 20 Jahren für konkrete Verbesserungen im gemeinsamen Lebensraum am Oberrhein ein. Auf der Tagesordnung stünden nach dem Vortrag von Frau Staatsrätin Erler einige interessante Resolutionen, bei denen der Mensch im Mittelpunkt stehe sowie Aufgaben, die nicht national, sondern besser bi- oder trinational zu lösen seien.

Dazu gehöre auch, dass Menschen, die im Notfall schnell Hilfe benötigten, diese Hilfe auch schnell erwarten können. Die Resolution zur Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen am Oberrhein solle helfen, die dafür nötigen Voraussetzungen zu schaffen oder zu verbessern. Dabei könne auf eine gute Vorarbeit über bestehende Vereinbarungen zurückgegriffen werden. Dennoch gebe es nach wie vor administrative und rechtliche Hürden zu beseitigen. Wie gut die Zusammenarbeit in diesem Bereich tatsächlich funktionieren könne, zeige seit einigen Jahren das deutsch-französische Feuerlöschboot in Straßburg und Kehl, das auf beiden Seiten des Rheins aktiv sei.

Dies sei eine der Aufgabenstellungen, an denen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ansetzen könne. Dies solle mit den Resolutionen des Oberrheinrats unterstützt werden, die in dieser Sitzung verabschiedet und wirksam werden sollten.

Ein neues gutes Beispiel für praktische grenzüberschreitende Hilfe in Notsituationen sei das Vademecum des Euro-Instituts für Grenzüberschreitende Zusammenarbeit für einen grenzüberschreitenden Kinderschutz. Es beschreibe zweisprachig und praxisnah, wie die deutschen und die französischen Verfahren zum Kinderschutz aussähen, und erläutere Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeitern auf beiden Seiten der Grenze, was sie in Fällen von grenzüberschreitender Kindesmisshandlung tun könnten.

In der vergangenen Woche habe er bei einer Ausschusssitzung des Kongresses des Europarats in Belgrad schon Werbung hierfür machen können, weil dort die Lanzarote-Kommission des Europarats die Standards gegen die sexuelle Ausbeutung von Minderjährigen vorgestellt und einen Zustandsbericht vorgelegt habe. Sexuelle Ausbeutung von Minderjährigen mache auch vor nationalen Grenzen nicht halt. Er danke dem Präsidenten des Euro-Instituts für diesen binationalen Leitfaden, der ein Beispiel für andere grenzüberschreitende Regionen sein könne.

Der Oberrheinrat sei als trinationales Gremium auch geprägt von der Mehrsprachigkeit in der Grenzregion. Die Kommunikation werde nicht vereinfacht, wenn jeder nur seine eigene Sprache spreche. Die Kinder sollten früh an die Sprache des Nachbarn gewöhnt werden. In Baden-Württemberg werde der Fremdsprachenunterricht in Grundschulen derzeit einer Evaluierung unterzogen. In einem Schreiben an die baden-württembergische Kultusministerin habe er schon Anfang 2017 auf die Verabschiedung von Resolutionen des Oberrheinrats hingewiesen, ebenso auf die Oberrheincharta zur Förderung der Mehrsprachigkeit. Er hoffe, dass die Ministerin diese Hinweise in ihre Entscheidung einfließen lasse.

Abschließend weist er auf den Festakt zum 20-jährigen Bestehen des Oberrheinrats am 13. Juli 2017 in Freiburg hin. Eine Einladung hätten die Mitglieder des Oberrheinrats bereits erhalten. Er freue sich auf zahlreiche Anmeldungen für die Veranstaltung im Saal des Historischen Kaufhauses sowie auf weitere 20 Jahre konstruktiver Zusammenarbeit.

Er erklärt, Frau Staatsrätin Erler sei dem Oberrheinrat bekannt als die Vertreterin der baden-württembergischen Landesregierung für die Pflege der baden-württembergisch-schweizerisch-französischen Beziehungen. Er freue sich, dass sie heute anwesend sei.

Punkt 3

„Die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und deren Mehrwert für Europa“

**Vortrag: Gisela Erler,
Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg**

Staatsrätin Gisela Erler: Einen schönen guten Morgen Ihnen allen! Sehr geehrter Herr Präsident Frey – lieber Josha –, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz, sehr geehrte Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, liebe Landräte! Frau Dammann ist, glaube ich, die einzige anwesende Landrätin. Sehr geehrte Funktionsträger, die darüber hinaus anwesend sind. Ich freue mich, dass ich heute hier sein kann. Ich fühle mich geehrt.

Erst einmal zu Lörrach. Lörrach preist sich ja als die Stadt mit den 2 000 Sonnenstunden im Jahr. Heute macht die Stadt dieser Werbung alle Ehre. Das Markgräflerland ist geprägt von Weinbau, Tourismus und innovativen Industriezweigen in der Automobil- und Genussmittelbranche. Im Herzen des Dreiländerecks liegt es auf der Hand, dass ein gut funktionierender grenzüberschreitender Arbeitsmarkt entscheidend zur Entwicklung der Region und zum Miteinander beiträgt.

Dieser und vieler weiterer Themen nimmt sich der Oberrheinrat an – nehmen Sie sich an – und macht sich in seiner Funktion als parlamentarische Vertretung der Region für die Bedürfnisse der Region stark.

Seit seiner Gründung im Jahr 1997 kommt dem Oberrheinrat eine wichtige Bedeutung in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu. Sie, die Parlamentarier, sind Impulsgeber für Diskussionen und zukunftsorientierte Initiativen. Der Oberrheinrat bringt die parlamentarischen Vertreter der schweizerischen, französischen und deutschen Regionen zusammen und schafft einen Raum der Zusammenarbeit.

Gerade in diesen für Europa herausfordernden Zeiten ist es wichtig, dass wir im permanenten Dialog und in permanenter Praxis miteinander stehen und nicht in nationale Kategorien zurückfallen. Das gilt insbesondere für die Grenzregionen; denn an kaum einem anderen Ort kristallisiert sich so deutlich heraus, was der Mehrwert Europas bedeutet und wie man ihn zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger aktiv gestalten kann.

Nachdem heute die Brexit-Verhandlungen beginnen, ist es jetzt wichtig, hier in unserer Region noch intensiver und bewusster zu kooperieren, auch neue Dinge zu wagen und nicht nur weiter Business as usual zu betreiben. Mit Emmanuel Macron kommt hoffentlich eine neue Tonalität und mehr Dynamik in unsere europäische Kooperation. Paradoxerweise gibt es ja auch diese „Loi Macron“, das heißt, das Problem der nichttarifären Handelshemmnisse. Wir hoffen natürlich, dass wir in den nächsten Wochen und Mona-

ten gemeinsam, auch mit der Schweiz noch kreative Lösungen hierfür erarbeiten können, die die Hemmnisse für das Handwerk usw. gerade in diesem Bereich vermindern.

Die Landesregierung von Baden-Württemberg setzt sich, wie Sie wissen, gezielt und aus Überzeugung für diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit in ganz Europa ein, auch bei uns. Wir pflegen gute und intensive Kontakte. Die beiden ersten Antrittsreisen von Ministerpräsident Kretschmann haben ihn zuerst in die Schweiz nach Bern und Zürich und dann nach Paris und Straßburg geführt. Das ist auch in seiner zweiten Amtsperiode der Fall.

Sie sehen: Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nimmt einen hohen Stellenwert im europapolitischen Engagement der Landesregierung ein. Wir haben natürlich auch sonstige Aktivitäten. So sind wir z. B. sehr involviert in die Donaauraumstrategie. Die Zusammenarbeit mit Ihnen werden wir auch in Zukunft in bestimmten Schwerpunktbereichen weiter untermauern.

Der Ministerrat hat im Februar eine Kabinettsvorlage zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gebilligt. Darin haben wir u. a. festgelegt, dass wir uns in den nächsten Jahren verstärkt auf die grenzüberschreitende Mobilität fokussieren werden. Konkret möchten wir z. B. ein oberrheinisches Studententicket auf den Weg bringen und uns landesseitig verstärkt um die Querverbindung Colmar–Breisach–Freiburg kümmern.

Ich werde gleich über unsere neuen Bürgerdialoge berichten. Da ist ganz deutlich geworden, dass das Thema Mobilität auch in den kleineren Grenzräumen außerordentlich wichtig ist. Da kommen dann Ideen wie jene, dass man eine Seilbahn über den Rhein will, oder man will eine direkte Verbindung vom Hochschwarzwald auf die Höhen der Vogesen, aber man will eben auch die direkte kleinräumige Verbindung. Ich hatte folgende Assoziation: Hier befinden sich ja auch Vertreter der Kommunen, die sich mit dem Konzept „Smart City“ befassen. Ich denke, wir sollten uns dem Thema „Smart Region“, der smarten Region, stellen und tatsächlich auch in diesem Bereich verstärkt die Mittel der Digitalisierung, der Apps usw. für die bessere Information der Bürger nutzen. Ich komme gleich noch darauf zurück.

Da ich als Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung auch für die Beziehungen zu Frankreich und der Schweiz zuständig bin, ist es mir ein Herzensanliegen, meine ureigenen Themen der Bürgerbeteiligung verstärkt auch in die Grenzräume zu tragen. Was beschäftigt die Bürgerinnen und Bürger an den Landesgrenzen? Wo gibt es Handlungsbedarf? Wo gibt es Wünsche oder Ärgernisse, auf die wir reagieren können?

Um dies zu beantworten, haben wir in den letzten Monaten grenzüberschreitende Bürgerdialoge initiiert, die einen großen Zuspruch finden. Es ist uns gelungen, ein Forum zu schaffen, das die Menschen diesseits und jenseits des Rheins miteinander ins Gespräch bringt. Vor allem war es der Landesregierung und mir ganz persönlich ein großes Anliegen, im Rahmen dieser Dialoge auch diejenigen Menschen zu erreichen, die nicht täglich in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit verflochten sind wie wir alle.

Die ersten beiden Dialoge fanden in Breisach und in Baden-Baden statt. Frau Oberbürgermeisterin Mergen ist ja heute anwesend. Sie hat das sehr unterstützt. Den dritten Dialog werden wir am 1. Juli in Kehl ausrichten. Das Besondere an diesen Dialogen ist, dass wir nicht über die üblichen Verteiler diejenigen Stakeholder anschreiben, die sowieso engagiert sind. Wir haben vielmehr nach dem Zufallsprinzip aus den Einwohnermeldedateien Einladungen an Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg und Grand Est versandt und dadurch einen breiten Querschnitt der Bevölkerung erreichen können, vor allem – was ungewöhnlich ist – auch mehr jüngere Leute. Außerdem waren ungefähr die Hälfte Frauen. Das gelingt sonst fast nie bei der Bürgerbeteiligung. Die Bürgerbeteiligung ist bei uns sonst ein Ort, an dem vor allem pensionierte Ingenieure, Lehrer usw. teilnehmen. Das sind wichtige Menschen, aber es beteiligen sich doch nicht alle Menschen.

Wie gesagt: Die Resonanz war sehr erfreulich. Die Bürger haben sich in kleinen Gruppen über Themen ausgetauscht. Die Mobilität war ganz zentral. Es wurde aber auch sehr deutlich artikuliert – das möchte ich hier sagen –, dass die Bürgerinnen und Bürger der Meinung sind, sie wüssten zu wenig über die Aktivitäten in den Dörfern jenseits der Grenze, z. B. über Märkte, Feste usw. Es wurde deutlich, dass z. B. die Website von PAMINA buchstäblich niemand kennt.

Das bedeutet, wir müssen intensiv überlegen, wie wir diese Kommunikationen entweder verbessern oder ergänzen. Es gibt ja heute viel mehr automatische Übersetzungsmöglichkeiten, z. B. mit innovativen, auch digitalen Instrumenten, auch dem Mobilfunk, um Informationen unter die Leute zu bringen. Das ist vielleicht nicht perfekt, aber leichter zugänglich. Das ist ein ganz großes Thema.

Die Ergebnisse der Dialoge werden wir natürlich nicht einfach ignorieren, sondern wir werden mit den Bürgern weiter darüber reden, welche Prioritäten sie setzen, und das in eine Konzeption einarbeiten, die wir jetzt demnächst für die grenzüberschreitende Kooperation vertiefen möchten.

Die Landesregierung plant, im Frühjahr nächsten Jahres eine Frankreich-Konzeption – wir nennen das nicht mehr „Strategie“; das klingt immer so militärisch – im Ministerrat zu verabschieden. Eine Schweiz-Strategie hat das Land ja bereits im vergangenen Jahr mit allen relevanten Stakeholdern aufgesetzt. Diese Form der Konsultation mit allen relevanten Akteuren werden wir auch für die Frankreich-Konzeption einsetzen.

In den Bürgerdialogen war der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt natürlich auch ein rege diskutiertes Thema. Den Oberrheinrat treibt dieses Thema ebenfalls seit geraumer Zeit um. Zu Recht hat er in seiner Resolution vom 9. Dezember mehr Unterstützung für den Arbeitsmarkt über die Ländergrenzen hinweg gefordert.

Auch die Landesregierung hat sich schon seit längerem dieses Themas angenommen. Im Rahmen des EU-Projekts „Erfolg ohne Grenzen“ haben französische Jugendliche bereits die Möglichkeit, den praktischen Teil ihrer Ausbildung in einem Betrieb auf der deutschen Seite des Rheins zu absolvieren. Darüber hinaus unterstützt das Ministerium

für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau die grenzüberschreitende Ausbildung im Rahmen der Initiative Ausbildungsbotschafter.

Ich möchte Ihnen aber sagen, dass ich in vielen Gesprächen den Eindruck gewonnen habe, dass wir auf deutscher Seite doch noch einmal evaluieren sollten, wie weit man nicht doch Vorkenntnisse französischer Interessenten über die schulischen Ausbildungen, die sie durchlaufen, gewissermaßen stärker valorisieren, stärker berücksichtigen kann; denn es ist ein großes Hindernis, dass die doch auch vorhandenen praktischen Kenntnisse bei uns zu wenig anerkannt werden und die Wege zu lang sind. Ich würde anregen, dass man das noch einmal ins Gespräch bringt. Da sind vor allem die Kammern gefragt.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut WifOR erstellt derzeit eine Untersuchung zur Fachkräftesicherung in den IT-Berufen zur Umsetzung der Digitalisierung. Zur Erarbeitung von Handlungsempfehlungen soll anschließend eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden. Im zweiten Halbjahr 2017 sollen die Ergebnisse in einer Sitzung der Fachkräfteallianz auf Spitzenebene münden.

Die Bürgerdialoge in Breisach und Baden-Baden haben ebenfalls gezeigt, wie wichtig es ist, eine Form der gemeinsamen Verständigung zu finden, um das freundschaftliche Miteinander am Oberrhein zu leben. Eigentlich leben die drei Völker nicht miteinander, sondern sie leben – auch in den Freizeiträumen – sehr stark nebeneinander. Das wird sich nicht komplett ändern lassen. Aber unser Ziel sollte sein, die realen zwischenmenschlichen Begegnungen tatsächlich doch noch einmal stärker zu unterstützen, als das heute stattfindet.

Wir denken vor allem im sprachlichen Bereich an niederschwellige Angebote für Erwachsene, um im Alltag oder im Berufsleben einen solchen Austausch zu wagen. Wir müssen uns – ich denke, das ist sehr wichtig – davon verabschieden, dass man die Idee hat, alle Menschen in diesen Regionen würden fließend Deutsch oder Französisch lernen. Es wird viele Menschen geben, für die es wichtig ist, dass sie lernen, sich elementar auszudrücken, und den Mut haben, diese elementaren Kenntnisse auch anzuwenden. Ich möchte dieses Thema über niedrigschwelligere Angebote, als sie jetzt die Volkshochschulen haben, stark forcieren. Es ist für viele Leute viel zu lang und viel zu schwer. Es gibt moderne Methoden. Wir möchten da einen Workshop mit Experten planen, in dem wir überlegen, was man noch ergänzend für die Menschen anwerfen und ankurbeln kann, die nicht in volle, lange Sprachkurse gehen werden.

Baden-Württemberg hat – Josha Frey hat es schon erwähnt – als erstes Bundesland diesen frühen Sprachunterricht in der ersten Klasse eingeführt. Dieser Sprachunterricht in dieser Form wird im Moment evaluiert. Es gibt Kritik daran. Meine persönliche Meinung ist natürlich, dass wir aus diesen Foren heraus darauf insistieren, dass Sprachkompetenz von früher Jugend an unterrichtet wird. Wir sollten aber auch offen sein für Veränderungen. So habe ich z. B. oft gehört, dass dieser Austausch von deutschen Kindern nach Frankreich in der Grundschule, der anscheinend stattfindet, oft problematisch verläuft mit dem Resultat, dass die Kinder nach dem Austausch sagen: „Niemals

will ich Französisch lernen.“ Wir müssen solche Dinge anschauen und Konsequenzen daraus ziehen. Evaluation ist ein wichtiger Punkt, um die Dinge weiterzuentwickeln.

Ich glaube, Sie sind das Forum, das in jedem Fall darauf insistieren muss, dass die Unterstützung von Sprachkompetenz in allen Formen ganz oben auf der Agenda stehen bleibt.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einen Gedanken ausführen. Die Wahl Macrons zum Präsidenten hat Europa sicherlich eine Verschnaufpause verschafft. Dieses Momentum, das eindeutig proeuropäisch ist, müssen wir jetzt konsequent nutzen und die Entwicklung Europas weiter voranbringen. Auch der Tod von Helmut Kohl erinnert uns noch einmal daran, dass tatsächlich die deutsch-französische Freundschaft für die friedliche Weiterentwicklung des Kontinentes entscheidend war und wohl auch in Zukunft in der neuen Konstellation entscheidend sein wird – natürlich zusammen mit anderen Ländern.

Wir müssen also noch einmal dazu beitragen, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserer Region nicht alles, was wir haben, für selbstverständlich nehmen, sondern sich dessen bewusst werden und es auch verstärkt nutzen. Als kleines Beispiel haben wir gerade eine kleine Landkarte mit den Fördermöglichkeiten in dieser Region aus den europäischen Fonds erstellt. Damit kann man Leuten auch leicht zeigen, was für Möglichkeiten es alles gibt, um eigene Projekte unterstützen zu lassen. Wir müssen diese Kommunikation über den Mehrwert Europas mit der Bevölkerung noch einmal deutlich intensivieren.

Die Landesregierung wird bis zur Europawahl 2019 verstärkt Dialogformate zu diesem Thema nicht nur an der Grenze, sondern auch im Inland durchführen, und zwar immer auch mit Zufallsbürgern, aber auch mit Wissenschaftlern, Politikern und Philosophen.

Die Vielzahl der Themen und Facetten zeigt: Dieser Zusammenarbeit kommt eine herausgehobene Rolle in der gesamten europäischen Integration zu. Was uns hier nicht gelingt, wird auch anderswo nicht gelingen; denn wir sind die am weitesten integrierten Regionen. Wir sind gewissermaßen die Modelle und die Prototypen und werden deswegen unsere Fokussierung auf dieses Thema in der nächsten Zeit noch einmal verstärken. Vieles lief in den letzten Jahren ein wenig technokratisch: Man nahm es, man holte die Fördergelder, man hat es gewissermaßen technisch betrieben, aber zu wenig darüber gesprochen, was es politisch bedeutet.

In diesem Kontext – dies zum Schluss – werden wir die Städtepartnerschaften noch einmal ganz neu zu beleben versuchen. Es gibt im Moment eine große bundesweite Studie der Bertelsmann Stiftung über die Rolle und die Funktion der Städtepartnerschaften. Wir im Land haben das auch. Der Städtetag führt eine große Untersuchung dazu durch. Wir planen im nächsten Jahr große Europafeste, bei denen sich nicht nur Karlsruhe und Nantes oder Stuttgart und Straßburg treffen, sondern bei denen die Kommunen territorial ihre gesamten Partnerschaften einladen. Das sind dann vielleicht 100 aus ganz Europa. Das geht von der Ukraine bis nach Galizien. Wir werden dann

versuchen, auf diesen Veranstaltungen nicht nur schön zu essen und zu trinken und Sportveranstaltungen anzubieten, sondern auch politisch mit den Menschen darüber zu sprechen, was an unserem Europa wichtig und zukunftsweisend ist und dass wir sie alle wirklich brauchen, um dieses Europa lebendig zu erhalten.

Sie als Parlamentarier sind natürlich entscheidende Scharniere und Promotoren dieser Thematik. Dafür danke ich Ihnen. Ich hoffe, diese Arbeit gelingt.

Danke schön.

(Beifall)

Präsident Josef Frey dankt Frau Staatsrätin Gisela Eler für ihre Anmerkungen und Impulse, die zeigten, dass der Oberrheinrat auch ein Seismograph der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sei.

Er halte es für wichtig, auch die Ergebnisse der Bürgerdialoge in einem oder zwei Jahren darzustellen. Dies gebe die Gelegenheit, die Erfahrungen mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aus der Sicht der Legislative mit der Exekutive und der Sichtweise der Zivilgesellschaft hinsichtlich der europäischen Integration zusammenzuführen.

Punkt 2

Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 9. Dezember 2016

Präsident Josef Frey erinnert daran, dass am 9. Dezember 2016 eine Sitzung gemeinsam mit der Oberrheinkonferenz stattgefunden habe.

Das Sitzungsprotokoll vom 9. Dezember 2016 wird genehmigt.

Punkt 4

„Aktuelles aus der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein“

**Vortrag: Bärbel Schäfer,
Vizepräsidentin der Oberrheinkonferenz, Regierungspräsidentin, Regierungspräsidium Freiburg**

Präsident Josef Frey begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer, die den Bericht vonseiten der Oberrheinkonferenz anstelle von Herrn Präfekt Fratacci vortragen werde. Er hebt hervor, der Oberrheinrat sei bemüht,

die Kooperation mit der Oberrheinkonferenz zu verstärken. Dies sei mit ein Grund für eine noch in dieser Sitzung vorgesehene Satzungsänderung.

Frau Bärbel Schäfer: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Frau Staatsrätin Eler! Ganz herzlichen Dank für die Einladung. Ich glaube, es ist ein gutes Zeichen, dass wir gut zusammenarbeiten, dass wir bemüht sind, dass wir aber auch schon Erfolge verzeichnen können und auf einem guten Weg sind, was die enge Zusammenarbeit zwischen Oberrheinrat und Oberrheinkonferenz angeht. Danke schön, dass ich deshalb auch im Namen von Herrn Präfekt Fratacci hier aus der Oberrheinkonferenz berichten darf. Wir hoffen natürlich sehr, dass wir bald einen Nachfolger im Vorsitz der Oberrheinkonferenz für ihn haben werden. Unseres Wissens wird am 21. Juni im Ministerrat in Frankreich über die Nachfolge entschieden.

Als ein Beispiel der guten Zusammenarbeit – damit möchte ich beginnen – und des guten Zusammenspiels zwischen Oberrheinrat und Oberrheinkonferenz beginne ich mit dem Bereich der Raumordnung. Die Region Grand Est erarbeitet gerade etwas, was wir bei uns als großen Regionalplan verstehen. Ihr Schéma régional d'aménagement de développement durable et d'égalité des territoires oder, wie wir es abkürzen, SRADDET, bedeutet: Es geht um eine einheitliche und klare Herangehensweise in der regionalen Raumordnung unter Achtung der Grundsätze der Nachhaltigkeit und Gleichbehandlung aller Gebiete. Wir sind außerordentlich dankbar dafür, dass die Region Grand Est uns einbezieht, dass sie uns als grenzüberschreitende Partner in den angrenzenden Ländern einbezieht. Umso mehr freut es mich, dass wir diesen Einbezug gemeinsam vornehmen werden, nämlich die Oberrheinkonferenz gemeinsam mit dem Oberrheinrat, dass wir eine öffentliche Veranstaltung zu diesem Thema durchführen werden, auf der wir dann nicht nur effizient, sondern auch gut abgestimmt werden Stellung nehmen können.

Diese strategische Ausrichtung ist für uns sicherlich sehr wichtig. Denn der Raumordnung am Oberrhein wird in den kommenden Jahren meines Erachtens – dafür gibt es klare Anzeichen – noch hohe Bedeutung zukommen. Wir haben zum einen den raumordnerischen Orientierungsplan aus dem Jahr 2000 in der Fortschreibung. Daran arbeiten wir gemeinsam. Wir haben mit der Anerkennung unseres gemeinsamen Lebensraums als Trinationale Metropolregion aber auch einen sehr positiven Effekt feststellen können, nämlich den Effekt, dass unsere Hauptstädte Bern, Paris und Berlin sich doch mehr für den Oberrhein interessieren.

In diesem Zusammenhang liegt auch ein Vorschlag auf dem Tisch, der in der deutsch-französischen Hambacher Erklärung vom 6. April seinen Niederschlag gefunden hat. Darin geht es um die grenzüberschreitende Raumbeobachtung auf der Basis der relevanten Daten. Ich glaube, das ist eine sehr wichtige Voraussetzung. Wenn wir die Region am Oberrhein gemeinsam entwickeln wollen, dann müssen wir die Voraussetzungen für einen grenzüberschreitenden Datenaustausch schaffen. Freie und kostenlose Bereitstellung harmonisierter Datensätze in den geeigneten Formaten gehört einfach zu einer kohärenten Raumentwicklung dazu. Dazu brauchen wir unabdingbar die Koopera-

tion der statistischen Ämter. Wir brauchen eine kontinuierliche Bereitstellung von grenzüberschreitenden Strukturdaten von Politik, Wirtschaft und Bevölkerung; denn nur dann können wir praktisch auch für Transparenz und eine gemeinsame Entwicklung in diesem Oberrheinraum sorgen.

Wir befinden uns in gutem Austausch mit dem Wirtschaftsministerium zu diesem Thema, wo unser Statistisches Landesamt ressortiert. Aber da sind wir natürlich auch dankbar für die Unterstützung des Oberrheinrats, dass wir an diesem Punkt die Hambacher Erklärung wirklich auch mit Leben füllen.

Ein weiterer wichtiger Bereich ist die Gesundheitspolitik, die in der Oberrheinkonferenz mit dem Projekt TRISAN sehr effektiv vorangebracht wurde. Wir haben die Sozialversicherungsträger und die Krankenhausträger gemeinsam mit den Gesundheitsbehörden und Verbänden hier unter ein Dach bekommen. Für uns ist es sehr gut, dass diese Vernetzungsplattform jetzt auch von einer eigenen Arbeitseinheit bearbeitet wird. Es gibt drei spezielle Leute beim Euroinstitut, die dieses Thema dort vorantreiben. Da erwarten wir uns gerade im Bereich der Gesundheitspolitik – wir kennen ja selbst die Diskussion in Baden-Württemberg über die Entwicklungen der Kliniken – weitere wichtige Impulse.

Dann gibt es natürlich auch andere Themen, bei denen wir grenzüberschreitend zusammenarbeiten. Ein wichtiges Beispiel ist – Sie haben es zum Teil auch heute wieder in der Presse lesen können – die Bedrohung durch die Tigermücke. Die Krankheitsübertragungen machen natürlich an den Grenzen nicht halt. Da sind wir ganz speziell im Gespräch, wie es insbesondere im Zusammenhang mit der Schnakenbekämpfung weitergeht. Die Arbeitsgruppe Landwirtschaft kümmert sich mit ihrem Expertenausschuss Tierwohl und Tiergesundheit intensiv um eine vergleichende Analyse der Situation in den drei Ländern. Insbesondere kümmert sie sich um die Frage: Wie gehen wir denn in Krisensituationen gemeinsam vor? Die Vogelgrippe ist nur ein Beispiel. Dazu gibt es leider mehrere Beispiele.

Wichtig ist auch, dass der Expertenausschuss die Tätigkeit der Arbeitsgruppe im Bereich Agrarökologie ergänzt. Das zeigt, dass wir da intensiv zusammenarbeiten können. Am 29. September wird das INTERREG-Projekt Agrofarm mit innovativen Praktiken und Ausbildungen ganz aktiv unterwegs sein.

Ein wichtiger Bereich, in dem wir noch nicht ganz da sind, wo wir hinwollen, ist der Bereich Katastrophenhilfe. Das haben Sie ja auch auf der Tagesordnung. Da haben wir uns unter der Leitung des Regierungspräsidiums Karlsruhe intensiv mit dem Thema Blackout befasst. Im Mittelpunkt unserer Bemühungen steht aber das alltägliche Miteinander im Bereich der Katastrophenhilfe. Es gibt Regelungen, insbesondere was Haftung und Versicherung angeht, bei Katastrophenfällen. Aber bei den niederschweligen Einsätzen fehlt es uns noch immer an Regelungen. Wir haben, glaube ich, in allen Gremien, die uns zur Verfügung stehen, darüber diskutiert. Auch in der Regierungskommission haben wir darüber diskutiert. Da sind wir noch nicht ganz da, wo wir sein möchten.

Wie relevant das ist, wird vielleicht dadurch deutlich, dass entlang unserer Grenze pro Jahr rund 60 solcher niederschweligen Einsätze stattfinden. Wir müssen diese alltägliche Hilfeleistung ausdehnen, wenn wir sagen: Wir sind ein Raum, eine Trinationale Metropolregion. Das ist, glaube ich, was Synergien angeht, ein ganz wichtiges Thema.

Ein weiteres wichtiges Thema, da auch Frau Staatsrätin Eler angesprochen hat und das auch bei den Bürgerdialogen sehr hohe Relevanz bekommen hat und hatte, ist natürlich die Sprache des Nachbarn. Auch das ist Thema der Oberrheinkonferenz. Wenn wir gemeinsame Lebensräume schaffen wollen und Verflechtungen ermöglichen wollen, dann müssen die Menschen die Sprache des Nachbarn sprechen. Auch dazu gab es in der Hambacher Erklärung eine eindeutige Formulierung.

Das Thema, das in der Arbeitsgruppe Wirtschaftspolitik eine große Rolle spielt, sind die Anforderungen für die Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ins Ausland. Dazu haben unsere Eurodistrikte bereits eine Resolution gefasst. Da gibt es noch viele Unklarheiten. Was uns in der Oberrheinkonferenz im Moment sehr umtreibt ist die Furcht, dass all die Errungenschaften, die wir jetzt über das Rahmenabkommen hinsichtlich der grenzüberschreitenden Berufsausbildung, des Euregio-Zertifikats usw. erreicht haben, jetzt möglicherweise doch wieder ein bisschen infrage gestellt werden; denn so, wie es im Moment aussieht, könnte es sein, dass die Auszubildenden und die Praktikantinnen und Praktikanten auch unter die Entsenderichtlinie fallen, genauso wie die potenziellen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die auf Berufsmessen im Elsass unter dem Dach unseres Rahmenabkommens Ausbildungsplätze anbieten. Da wird ganz deutlich: Da dürfen wir uns nicht widersprechen. Wir sind gerade beim Rahmenabkommen durch große Beharrlichkeit, glaube ich, sehr weit gekommen. Diese Erfolge dürfen wir nicht durch andere Regelungen wieder infrage stellen.

Das waren einige Schwerpunkte der Oberrheinkonferenz. Lassen Sie mich zum Schluss als Vorsitzende des Begleitausschusses – sehr geehrter Herr Kollege Pfliegersdoerffer, je parle sous votre contrôle; Sie sind ja der Vorsitzende der Arbeitsgruppe – noch einen Überblick über INTERREG V geben. Bis zum heutigen Tag haben wir unter INTERREG V 43 Projekte in die Förderung aufgenommen. Mit diesen 43 Projekten haben wir ungefähr 50 % unserer Mittel gebunden. Die Mittelausschöpfung fällt in den einzelnen Achsen, in den einzelnen Bereichen sehr unterschiedlich aus. Deshalb sind wir jetzt hergegangen und haben gesagt: Wir müssen jetzt strategisch vorgehen. Wir haben deshalb beispielsweise im Wissenschaftsbereich – da könnten wir Geld ohne Ende ausgeben – jetzt eine Reserve gebildet – maximal 3,5 Millionen € – für den Bereich der nächsten Wissenschaftsoffensive. Wir wollen ja für die Wissenschaftsoffensive, die jetzt gerade in der Zusammenarbeit zwischen den Universitäten und den anderen Hochschulen sehr erfolgreich ist, für 2018 auch noch Mittel bereitstellen.

Wir haben auch ein kleines Moratorium verkündet. Wir haben seit 1. Januar dieses Jahres keine neuen Projekte gefördert, sondern haben gesagt: Es gibt einen Aufruf, und alle, die überhaupt noch Interesse an INTERREG V haben, müssen sich bis Ende April dieses Jahres im Rahmen einer Interessensbekundung gemeldet haben, sodass wir ein bisschen sortieren können, was wir noch in der Pipeline haben.

Wir werden in diesem Jahr auch noch zwei wichtige Informationsveranstaltungen durchführen, auf die ich jetzt hinweisen möchte.

Eine Veranstaltung bezieht sich auf unser sogenanntes Ziel 6. Das betrifft das Stichwort „Green Economy“. Da geht es um die Verringerung der Umweltbelastungen im Rahmen der Wirtschafts- und Siedlungsentwicklung. Da haben wir bislang nur ein Projekt in der Förderung. Das tut uns natürlich deshalb besonders leid, weil wir sagen: Das wären eigentlich die Projekte, bei denen wir auch die Wirtschaftsunternehmen fördern könnten. Jetzt hoffen wir, durch die Veranstaltung einen entsprechenden Impuls zu geben.

Die zweite Veranstaltung findet zum Thema „Beteiligung von Unternehmen“ statt. Da geht es insbesondere darum, mehr KMUs, kleine und mittlere Unternehmen, auch in Forschungsk Kooperationen zu bringen. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, in INTERREG V 2 000 Unternehmern in Forschungsprojekte hineinzubringen. Bislang haben wir immerhin schon 50 % erreicht. Aber da ist noch Luft nach oben.

Wo wir sehr gut unterwegs sind – das sage ich deshalb auch gern, weil immer gesagt wird, die INTERREG-Förderung für Bürgerprojekte sei zu kompliziert – ist diese Achse D. Da geht es um die Bürgerprojekte, aber natürlich auch um unsere eigenen Verwaltungsangebote. Da haben wir schon so viele Projekte gefördert, dass wir jetzt erst einmal langsam tun müssen. Wir überlegen uns, ob wir überhaupt einen weiteren Projektauftrag vornehmen. Wir warten jetzt einmal den aktuellen Aufruf ab. Aber da ist die Nachfrage einfach sehr groß.

Am Ende möchte ich kurz noch einmal auf unsere Leuchtturmprojekte hinweisen, die wir auf den Weg gebracht haben. Mein Credo ist: Europa muss konkret werden. Europa ist sehr konkret. In unseren Projekten, die wir gefördert haben, ist es konkret. Ich verweise beispielsweise auf unser großes Nachhaltigkeitscluster, das wir gegründet haben, in dem es um Nachhaltigkeit nicht nur im technischen Sinn geht, sondern auch im gesellschaftlichen und kulturellen Sinn. Wir haben die Großforschungsinfrastruktur auf den Weg gebracht. Das ist ein Riesenprojekt, bei dem es jetzt zunächst einmal darum geht, herauszubekommen, in welchem Bereich wir am Oberrhein gemeinsam so stark sind, dass wir dann in einem nächsten Schritt dort auch eine Großforschungsinfrastruktur installieren können.

Das sind sicherlich Leuchtturmprojekte. Wir haben das Projekt „Upper Rhine 4.0“, bei dem es genau um die Digitalisierung, um Industrie 4.0 in Zusammenarbeit mit Unternehmen und Hochschulen geht usw.

Ich glaube, man kann zusammenfassend sagen: Wir sind deshalb erfolgreich, weil wir uns in der Metropolregion sehr früh aufgemacht haben, gemeinsam unsere strategischen Ziele zu definieren. Als wir dann hingegangen sind und überlegt haben, was unsere Ziele für INTERREG sind, haben wir nicht nochmals angefangen, völlig neu zu denken, sondern wir haben mit den Akteuren aus der TMO zusammen die Ziele definiert, die auch in die Strategie TMO 2020 passen.

Getreu dem Motto „Nach dem Spiel ist vor dem Spiel“ sind wir jetzt auch schon wieder dabei, uns Gedanken zu machen, wie es denn mit der Strategie 2030 aussieht. Wie sieht es denn aus mit INTERREG VI? Auch dort müssen wir uns schon jetzt strategisch gut aufstellen. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir in der bewährten Art und Weise in dem engen Zusammenwirken auch dort wieder eine erfolgreiche Strategie entwickeln können.

Wichtig ist mir, Sie einfach auch da um Unterstützung zu bitten, wo wir – ich hatte es vorhin angeführt – Europa greifbar machen können, wo wir Europa konkret machen können.

Ich möchte mich bei allen Akteuren bedanken, die an unserer Kampagne „Europa macht's möglich“ teilgenommen haben. Wir haben alle miteinander im Elsass, in der Nordwestschweiz, in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg in den vergangenen Wochen verschiedene INTERREG-Projekte besucht und haben versucht, eine große Öffentlichkeit herzustellen. Das ist, denke ich, sehr gut gelungen. Auch die Staatssekretärin aus dem Wirtschaftsministerium hat uns begleitet, als wir Unternehmen besucht haben, die innerhalb des Rahmenabkommens Auszubildende ausbilden. Wir haben den deutsch-französischen Chemiestudiengang Regio Chimica besucht, wo wirklich deutlich wurde, welchen kulturellen Mehrwert die Menschen haben, wenn sie binational studieren. Aber all das setzt natürlich die gemeinsame Sprache voraus.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. In diesem Sinn freue ich mich auf eine weiterhin gute und konstruktive Zusammenarbeit.

(Beifall)

Präsident Josef Frey dankt Frau Bärbel Schäfer für den umfassenden Bericht aus der Oberrheinkonferenz und für die spontane Bereitschaft, diesen Vortrag zu übernehmen.

Punkt 5

Bericht zu laufenden Resolutionen durch den Vorsitzenden

Präsident Josef Frey verweist hierzu auf eine umfassende Information mit einer Synopse, die die Mitglieder des Oberrheinrats auf dem Postweg bereits erhalten hätten. Aus ihr gehe hervor, welche Resolutionen behandelt würden und sich in welchem Status befänden. Die dazu eingegangenen Stellungnahmen seien allen Mitgliedern zugeleitet worden. Aus diesem Grund werde er nicht im Einzelnen darauf eingehen. Falls es Fragen dazu gebe, könnten diese jetzt gestellt werden oder bei den jeweiligen Berichten der Vorsitzenden der Kommissionen.

Punkt 6
Überarbeitung von Vereinbarung und Geschäftsordnung des
Oberrheinrats

Präsident Josef Frey erläutert, durch die Zusammenlegung dreier französischer Departements zur Region Grand Est sei eine Satzungsänderung erforderlich, für die ein Beschlussvorschlag vorliege. Außerdem sollten einige „kosmetische“ Änderungen vorgenommen werden, die ebenfalls in dem Beschlussvorschlag enthalten seien. Ferner sollten sich die Kommissionen von ihrer Benennung und ihren Themengebieten her an die Arbeitsgruppen der Oberrheinkonferenz angleichen. Damit solle der Austausch zwischen der Oberrheinkonferenz und dem Oberrheinrat erleichtert werden.

Der Oberrheinrat stimmt dem Beschlussvorschlag für Änderungen der Vereinbarung zur Gründung des Oberrheinrates sowie der Geschäftsordnung des Oberrheinrates bei drei Stimmenthaltungen mit allen übrigen Stimmen zu.

Punkt 7
Arbeiten und neue Resolutionsentwürfe der Kommissionen
– Berichte der Kommissionspräsidenten

a) Kommission Verkehr, Raumordnung und
Katastrophenhilfe

Bericht: Dr. Christoph Schnaudigel, Vorsitzender

Herr Dr. Christoph Schnaudigel: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank. Die Kommission Verkehr und Raumordnung hat zum letzten Mal am 15. März 2017 in Freiburg getagt. Wir haben uns insbesondere mit dem Sachstand zum Neubau der Bahnstrecke Karlsruhe–Basel, dem Aktionsplan „Mobilität PAMINA“ sowie auch mit dem Stand der Optimierung der Zulaufstrecken zu den Rheinfähren beschäftigt. Eine konkrete Resolution haben wir nicht beschlossen, aber wir haben vereinbart, dass wir Ihnen zur nächsten Sitzung einen Resolutionsentwurf vorlegen werden, der sich noch einmal aktualisiert mit dem Thema „Code 24“ beschäftigen wird und sich insbesondere auch noch einmal mit einer Stellungnahme zum Wiesenbergtunnel in aktualisierter Form befassen wird. In diese Resolution zum Thema Verkehr wollen wir dann auch noch einmal das Thema Lärmschutz aufnehmen.

Zum Ausbau der Bahnstrecke Karlsruhe–Basel hatten wir einen Vertreter der DB Netz AG, Herrn Langfeld, bei uns. Das Projekt macht einerseits Fortschritte. Der Tunnel in Rastatt kommt sehr gut voran. Der Fahrbetrieb kann voraussichtlich im Jahr 2022 aufgenommen werden. Beim südlichen Abschnitt Freiburg–Basel sind noch Rechtsverfahren anhängig, die aber von der Region, wie wir erfahren haben, gar nicht unterstützt

werden. Aber nichtsdestotrotz müssen sie geklärt werden. Offen ist auch noch, wie es dann überhaupt auf Schweizer Territorium weitergeht.

Ein wichtiges Thema – ich habe es schon erwähnt – war das Thema Lärmschutz, insbesondere auch das Thema „Lärmschutz an Gleisen“. Der Regionalverband Südlicher Oberrhein – Herr Dr. Karlin ist, glaube ich, auch hier – hat eine Studie in Auftrag gegeben, an der sich dann auch der Regionalverband Mittlerer Oberrhein beteiligt hat. In ihr ging es um die Art des Schleifens an den Gleisen. Das hört sich sehr technisch an. Die Studie ist auch sehr technisch. Aber diese Studie hat dargelegt, dass sich der Lärm an den Bestandsstrecken, wenn man dieses Schleifen anders machen würde, deutlich reduzieren könnte. Wir haben diese Studie jetzt an die DB AB weitergeleitet. Wir haben sie auch den Abgeordneten zur Kenntnis gegeben mit der Bitte, gegebenenfalls auch über die Ministerien wieder auf die Bahn einzuwirken. Wir warten jetzt noch die Reaktionen ab. Aber wir werden dieses Thema auch in die für die nächste Sitzung vorgesehene Resolution aufnehmen, weil wir der Auffassung sind, dass man die Situation des Lärmschutzes im Bestand durch praktisches Handeln auch verbessern könnte.

Dann haben wir uns mit dem Aktionsplan „Mobilität PAMINA“ beschäftigt. Ihn hat die Versammlung PAMINA im Sommer des letzten Jahres angenommen. Da wollen wir insbesondere noch über Vorschläge diskutieren, wie die Mobilität im nördlichen Bereich des Oberrheingebiets verbessert werden kann.

Was die Optimierung der Zulaufstrecken zu den Rheinfähren angeht, haben wir uns in der Sitzung im Oktober des Vorjahres schon dafür ausgesprochen, dass mithilfe eines INTERREG-Projekts Hinweisschilder an den Zulaufstrecken zu den Rheinfähren installiert werden. Ich denke, es ist unstrittig, dass diese Rheinfähren von großer Bedeutung sowohl für Pendler als auch für Touristen sind. Wir haben dann das Verkehrsministerium Baden-Württemberg um Mitfinanzierung gebeten. Die Antwort darauf ist jetzt auch erfolversprechend ausgefallen. Ein Teil der Kosten für eine Optimierung dieser Hinweisschilder wird jetzt vom Verkehrsministerium getragen, der andere Teil von der kommunalen Seite.

Wir haben uns auch mit der Arbeitsgruppe Verkehrspolitik der Oberrheinkonferenz – das freut uns sehr – auseinandergesetzt, und wir werden uns in der nächsten Sitzung – das ist wichtig; Frau Regierungspräsidentin Schäfer hat es angesprochen – auch mit dem Thema Raumordnung beschäftigen. Das Planungsdokument des Rates ist natürlich auch für uns sehr wichtig. Wir freuen uns, dass wir da jetzt auch beteiligt werden, und werden dann auch versuchen – das ist schon angesprochen worden –, eine gemeinsame Stellungnahme des Oberrheinrats und der Oberrheinkonferenz zu erarbeiten.

Was den Verkehr anbetrifft, werden wir uns in der nächsten Sitzung auch noch einmal mit der Situation der Häfen am Oberrhein beschäftigen. Das war ja auch hier vor einigen Jahren schon einmal Gegenstand einer Resolution. Da hat sich einiges getan. Die Entwicklung ist vorangeschritten. Deswegen wollen wir dieses Thema noch einmal aufgreifen.

So weit von meiner Seite. Herzlichen Dank.

b) Kommission Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesundheit

Bericht: Peter Brodbeck, Vorsitzender

Herr Peter Brodbeck: Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren! Die Kommission hat sich in diesem Jahr mit dem Thema „Nachhaltigkeit in der Wirtschaft“ befasst. Der Gedanke der Nachhaltigkeit ist seit vielen Jahren ein Leitbild für politisches, wirtschaftliches und ökonomisches Handeln. Der Begriff wird heute aber auch sehr inflationär verwendet. Fast jede Firma verwendet ihn in ihren Präsentationen. Daher stellt sich die Frage: Was ist denn überhaupt Nachhaltigkeit, wie kann sie definiert werden?

Der Nachhaltigkeitsbegriff ist die Summe zahlreicher Definitionsansätze, welche die unterschiedlichen Elemente der Nachhaltigkeit berücksichtigen. Wie können wir nun aber feststellen, ob der Hinweis auf die Nachhaltigkeit nicht eher ein Instrument des Marketing ist oder aber gelebte Kultur in all ihren Dimensionen?

Die Stiftung „Deutscher Nachhaltigkeitspreis“ zeichnet u. a. Unternehmen in verschiedenen Kategorien aus, die mit ihren Produkten und Dienstleistungen besonders erfolgreich ökologischen und sozialen Herausforderungen begegnen und damit Nachhaltigkeit als wirtschaftliche Chance nutzen. Im Jahr 2016 ist die Firma Weleda AG mit Produktionsstandorten in Deutschland, Frankreich und in der Schweiz mit dem Preis „Deutschlands nachhaltigste Marke“ ausgezeichnet worden.

Um uns einen praktischen Einstieg in diese Thematik „Nachhaltigkeit in der Wirtschaft“ zu verschaffen, haben wir der Firma am 27. März an ihrem Sitz in der Schweiz, in Arlesheim, einen Besuch abgestattet. Die Geschäftsleitung hat uns in einem Vortrag und mit anschaulichen Beispielen erklärt, wie die Weleda AG sich in allen Dimensionen der Ökologie, der Ökonomie, aber auch des sozialen Handelns der Nachhaltigkeit verschrieben hat. Ausgehend von dieser Erfahrung werden wir uns im Herbst mit der Definition von Nachhaltigkeit befassen und uns darüber orientieren lassen, wie es mit der grenzüberschreitenden Nachhaltigkeit am Oberrhein steht.

Die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz, aber auch die Internationale Bodensee Konferenz vergeben einen Nachhaltigkeitspreis. Wir werden uns überlegen, ob es für das wirtschaftliche Handeln am Oberrhein bezüglich der Nachhaltigkeit eine Förderung oder, besser sogar, eine Würdigung braucht und wie diese aussehen könnte.

Das war der Hauptteil unserer Sitzung. Wir haben uns aber auch noch mit den Ergebnissen unserer Resolution „Den Gesundheitsraum am Oberrhein stärken“ befasst und haben festgestellt, dass wir in den Antworten nicht überall befriedigende Erklärungen bekommen haben.

In der letzten Plenarsitzung wurde vor allem auch das Thema „Grenzüberschreitende Versorgung“, was Apotheken anbetrifft, angeschnitten. Wir sind aufgefordert worden, doch auch diesen Bereich in unsere Arbeit aufzunehmen. Wir haben der Arbeitsgruppe der Oberrheinkonferenz, TRISAN, den Auftrag gegeben, sich auch mit dieser Frage auseinanderzusetzen und uns Bericht zu erstatten. Wir hoffen, dass wir bis zur nächsten Sitzung auch hierzu eine Antwort erhalten haben.

Danke für Ihr Zuhören.

(Beifall)

Herr Rüdiger Klos möchte wissen, ob es tatsächlich noch keine verlässlichen Daten gebe, was die Gesundheitsversorgung angehe, und inwieweit diese Regelungen bezüglich der Apotheken in Anspruch genommen worden seien.

Herr Peter Brodbeck erwidert, in der letzten Plenarsitzung sei die Kommission aufgefordert worden, sich mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Er habe diese Frage auch an die zuständige Arbeitsgruppe der Oberrheinkonferenz weitergeleitet. Ihm sei zugesagt worden, dass man sich in den nächsten Sitzungen damit befassen werde und der Oberrheinrat eine Antwort erhalten werde.

c) Kommission Kultur, Jugend, Bildung und Sport

Bericht: Barbara Schleicher-Rothmund, Vorsitzende

Beschluss:

Projekte und Erfahrungen aus der Praxis der grenzüberschreitenden Ausbildung am Oberrhein

Frau Barbara Schleicher-Rothmund: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns dem Thema „Grenzüberschreitende Ausbildung, grenzüberschreitende Arbeit“ – in der Hauptsache Ausbildung – gewidmet und haben im Frühjahr gesagt: Wir suchen uns einen Best-Practice-Betrieb aus. Das waren die Badischen Stahlwerke in Kehl, die schon seit vielen Jahren grenzüberschreitend ausbilden und damit sehr erfolgreich sind. Sie haben uns darüber berichtet, dass sie in der technischen Ausbildung einen Auszubildenden haben, der Bundessieger geworden ist. Ein junger Mann aus Straßburg war der beste Auszubildende in der Bundesrepublik in diesem Fachbereich. Es waren nicht nur die Vertreter der Badischen Stahlwerke und drei Jugendliche, drei Auszubildende, anwesend, sondern auch Vertreter der Kammern.

Wir hatten, wie ich fand, eine sehr konstruktive Sitzung. Wir haben uns sehr intensiv informiert und auch diskutiert. Eine solche Sitzung hat den Vorteil, dass wir zum einen die wertvolle Arbeit unserer Kommission deutlich machen können, dass wir aber eben auch erfahren können, wo denn der Schuh drückt. Der Schuh drückt darin – da komme ich ein wenig zu Frau Schäfer –, dass es in der grenzüberschreitenden Ausbildung teilweise bürokratische Hemmnisse gibt, ganz konkret beim Thema Berufsmesse. Die Badischen Stahlwerke haben uns berichtet, dass sie angefragt worden seien, doch auch auf eine Pariser Messe zu gehen. Aber die bürokratischen Formalien, die da zu erledigen waren, waren für den Betrieb dann doch nicht darstellbar. Dann haben sie davon abgesehen.

Damit die Leute auch sehen, dass wir bei einem solchen Besuch nicht nur dorthin kommen und mit den Leuten reden, zuhören und uns informieren, sondern dass danach etwas passiert, haben wir Ihnen heute eine Resolution vorgelegt, mit der wir dieses Thema aufgreifen und uns an alle Mitglieder im Oberrheingebiet wenden und sagen: Seid so gut und schaut, dass es keine bürokratischen Hemmnisse gibt. Letztendlich haben wir die doch sehr komfortable Situation, dass es in einigen Regionen unseres Gebiets einen Fachkräftebedarf gibt. In anderen Regionen unseres Gebiets gibt es auch eine gewisse Jugendarbeitslosigkeit. Wenn wir diese Situationen nicht sinnvoll zusammenführten, würden wir eine Chance verpassen.

Deswegen sehen Sie jetzt eine Resolution vor sich, die relativ bunt ist. Das hat damit zu tun, dass wir uns die Texte erarbeitet haben. Das hat auch damit zu tun, dass wir teilweise ein wenig von der Wirklichkeit überrollt worden sind. Wir wissen jetzt – zumindest nach meinem Kenntnisstand –, dass Frau Merkel und Herr Macron dieses Thema auch schon behandelt haben. Deswegen haben wir unsere Formulierung noch einmal ein wenig verändert. Ich würde Sie bitten, dieser Resolution zuzustimmen, damit auch deutlich wird: Wenn eine solche Kommission kommt und man etwas vorträgt, dann geht das auch tatsächlich weiter, und wir sorgen dafür, dass wir allen jungen Menschen hier im Oberrheingebiet eine Möglichkeit geben, zu einer guten Ausbildung zu kommen.

(Beifall)

Präsident Josef Frey weist darauf hin, dass im Laufe der Sitzung die endgültige Version der Resolution verteilt worden sei. Sie sei so überarbeitet worden, dass es einen möglichst breiten Konsens gebe. Auch der Vorstand habe morgens vor dieser Sitzung vorgeschlagen, diese Resolution so zu beschließen.

Der Oberrheinrat nimmt die Resolution „Projekte und Erfahrungen aus der Praxis der grenzüberschreitenden Ausbildung am Oberrhein“ bei einer Stimmenthaltung mit allen übrigen Stimmen an.

d) Kommission Landwirtschaft, Umwelt, Klima und Energie

Bericht: Daniel Adrian, Vorsitzender

**Beschluss:
Invasive Pflanzen- und Tierarten im Oberrheingebiet**

Herr Daniel Adrian (Dolmetscherübersetzung): Herr Präsident, meine Damen und Herren Mitglieder der Plenarsitzung! Ich möchte Sie ganz kurz über unsere letzte Sitzung in Neustadt informieren. Das wichtige und besorgniserregende Thema dort waren die invasiven Pflanzen- und Tierarten im Oberrheingebiet. Wir hatten ja in der Petite Camargue schon einmal darüber gesprochen. Wir haben uns jetzt vor allem über diese Tierarten informiert: die Tigermücke, die asiatische Hornisse und die asiatische Drosophila, die Kirschessigfliege.

Als Vorsitzender dieses Landwirtschaftsausschusses habe ich die Möglichkeit genutzt. Professor Seimetz war ja zugegen. Damit war die Verbindung zur Oberrheinkonferenz hergestellt – Frau Schäfer hat das ja vorhin schon erklärt –, damit wir das zwischen diesen beiden Arbeitsgruppen auch ein bisschen sichtbarer gestalten. Vielleicht können wir wirklich mehr zusammenarbeiten. Es ist wichtig, dass wir das in Zukunft tun.

Die Tigermücke, die asiatische Hornisse und die Drosophila suzukii kennen natürlich keine Landesgrenzen. Wir müssen unsere Mittel deshalb zusammenlegen, um uns mit diesem Thema zu befassen. Wir wissen bisher nicht so genau, wer was macht. Es ist aber sehr positiv, dass man festgestellt hat, dass wir in allen drei Ländern echte Spezialisten für diese Themen – diese Tiere, diese invasiven Arten – und auch Spezialisten für das Problem haben. Diese Spezialisten arbeiten ohnehin schon sehr eng zusammen, auch wenn wir als Mandatsträger das bisher nicht wussten. Das ist schon eine sehr positive Sache, die ich hier besonders betonen möchte.

Nach diesen beiden Sitzungen und diesen beiden Arbeitsgruppen, die ich geleitet habe, schlagen wir Ihnen heute eine Entschließung vor, die ich kurz vorstellen möchte. Aber vielleicht sollten wir zuerst die Vorträge hören und anschließend den Text der Entschließung bearbeiten. Es wäre vernünftiger, so vorzugehen.

Danke.

(Beifall)

Präsident Josef Frey legt dar, es sei geplant, zuerst die Präsentationen zu hören und dann die Resolution zu verabschieden. Er fügt hinzu, vielleicht ergäben sich auch noch neue Aspekte aus den Vorträgen.

Kurzvorträge zum Thema „Invasive Pflanzen und Tiere am Oberrhein“

(Präsentation Anlage 1: Dr. Kirsten Köppler – Die Kirschessigfliege am Oberrhein; Seite 1: Die Kirschessigfliege – eine nie dagewesene Herausforderung für den Pflanzenschutz?)

Frau Dr. Kirsten Köppler: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin spezialisiert auf den Obstbau. Die Kirschessigfliege macht auch Probleme im Weinbau, aber man muss sagen: Die Schäden im Obstbau sind weitaus gravierender. In diesem Beitrag möchte ich Ihnen die Fliege und die Herausforderungen, die sie für den Pflanzenschutz speziell im Obstbau darstellt, kurz vorstellen.

(Folie 2: Einfuhr und Ausbreitungsgeschichte)

Der Erstdnachweis der Fliege in Europa erfolgte 2008. Sie sehen hier eine Karte von 2010. Sie war dann im Mittelmeerraum, in den südlichen Ländern verbreitet.

(Folie 3: Einfuhr und Ausbreitungsgeschichte: 2016)

Für 2016 kann man sagen: Sie war verbreitet von Südkandinavien bis Südeuropa, und von Großbritannien bis Russland hatten wir überall Befunde oder Nachweise der Fliege.

(Folie 4: Schadpotenzial)

Zum Schadpotenzial. Die Weibchen penetrieren mit diesem sägeartigen Legeapparat die intakte Fruchthaut und legen das Ei ins Innere der Frucht. Der Larvenfraß erfolgt dann in der Wirtsfrucht. Wir haben bis zu 100 Eier bzw. Larven in einer Brombeere gefunden. Sie können sich vorstellen, dass solche Früchte nicht mehr vermarktungsfähig sind.

Die Kirschessigfliege befällt im Grunde genommen alle dünn- bzw. weichschaligen reifenden und reifen Früchte. Das sind neben den Kulturpflanzen im Obst- und im Weinbau natürlich auch viele Wild- und Zierpflanzen in der gesamten Landschaft.

(Folie 5: Schadbilder im Stein- und Beerenobst)

Hier ein paar Beispiele für Schadbilder im Obstbau. Sie sehen hier eine Brombeere mit eingefallenen Einzelfrüchten, auch eine Himbeere. Die Kirschen sind im letzten Jahr regelrecht vom Baum gelaufen. Sie haben richtig getropft.

(Folie 6: Weitere Wirtsfrüchte)

In Baden-Württemberg haben wir bisher 35 weitere Wirtsfrüchte mit einem Befall durch die Kirschessigfliege gefunden. Da ist z. B. die Schneebeere. Hier sehen Sie ein Bild. Auch der Efeu wird befallen, und die Eibe wird befallen. Das ist also ein ganz breites Spektrum. Man hat im Grunde genommen weder eine bestimmte Form noch eine Farbe

bei Früchten, an der man sich irgendwie entlanghangeln kann, was die Fliege bevorzugt.

(Folie 7: Befall im Obstbau)

Wie sieht es mit dem Befall im Obstbau aus? Bei Süß- und Sauerkirschen und beim Beerenobst kommt es ohne bzw. mit unzureichender Behandlung bis zu 100 % Befall bzw. wirtschaftlichem Totalausfall und Einstellen der Ernte. Bei Pfirsich, Pflaume und Aprikose – je nach Sorte; da gibt es eine gewisse Sortenabhängigkeit – kann es ähnlich laufen. Die Obstbauern stehen im Grunde genommen jedes Jahr wieder vor der Herausforderung, mit dieser Fliege fertigzuwerden. Bei Erdbeeren ist der Druck im Moment im Freiland noch nicht so groß, aber bei den remontierenden, also den späten Erdbeeren kann es auch bis zum Totalausfall führen.

Für das Jahr 2014 haben wir die Daten von den Obstgroßmärkten in Baden-Württemberg bekommen. Es gab ca. 5 Millionen € Verlust durch diesen Schädling. Wenn Sie noch die Direktvermarktung im Obstbau hinzuziehen – was nicht quantifizierbar ist –, wird es natürlich noch mehr.

(Folie 8: Konsequenzen und Markteinschätzungen)

Wie sind die Konsequenzen und Markteinschätzungen? Bei den Süßkirschen gibt es Reklamationen seitens der Marmeladen- und Konservenhersteller. Diese fürchten zukünftig um genügend Ware aus regionaler Herstellung. Die Situation bei den Sauerkirschen führt im Grunde genommen zu weiteren Rodungen von Anlagen. Diese Obstart wird wahrscheinlich nur noch im frühen Bereich weiter eine Rolle spielen. Die Aussichten sind nicht besonders gut.

Zwetschgen werden sehr früh geerntet, um befallsfreie Früchte zu ernten. Aber dann schmecken sie nicht; sie sind halt grün. Das hat natürlich Konsequenzen für die Preise und die Anbaumotivation.

Bei Herbsthimbeeren wurden schon Anlagen gerodet, gerade nach dem Jahr 2014. Die Anbauer überlegen wirklich, ob sie neue Anlagen erstellen.

(Folie 9: Regulierungsmöglichkeiten des Schädlings)

Wie gehen wir mit diesem Schädling um? Es gibt kulturtechnische vorbeugende Maßnahmen, z. B. regelmäßige enge Pflückabstände, Hygienemaßnahmen und die Pflege der Anlagen, also gute, sonnige, durchlüftete Bestände. Aber das alles sind nur populationsmindernde Maßnahmen. Sie können den Befall nicht verhindern.

Darüber hinaus stehen Einnetzungsmaßnahmen ganz hoch im Fokus. Aber das ist natürlich mit hohen Kosten verbunden, und es ist nicht für alle Kulturen und Anlagen geeignet. Natürlich gibt das auch, gerade neben Naturschutzgebieten, Einschränkungen

beim Landschaftsbild, und es hat auch einen Einfluss auf geschützte Arten. Die Wirksamkeit ist definitiv eingeschränkt; damit bekommen Sie keine Befallsfreiheit hin.

Zum Einsatz von Insektiziden: Wir sind in vielen Bereichen auf sogenannte jährliche Notfallzulassungen angewiesen. Die Anbauer haben keine Sicherheit. Die Anträge müssen jedes Jahr neu gestellt werden. Es gibt eine unzureichende Zulassungssituation. Auch die Wirksamkeit ist noch eingeschränkt. Das wirkt also auch nicht zu 100 %. Es besteht die Gefahr der Resistenzbildung und natürlich die Gefahr von Nebenwirkungen auf Nicht-Zielorganismen.

Im Grunde genommen sind die Bekämpfungsmöglichkeiten bzw. Regulierungsmöglichkeiten, die wir im Moment haben, bisher unzureichend.

(Folie 10: INTERREG V – Oberrhein/Rhin Supérieur)

Seit Anfang des letzten Jahres arbeiten wir mit anderen deutschen, französischen und Schweizer Partnern auch in einem INTERREG-V-Projekt – InvaProtect – nachhaltiger Pflanzenschutz gegen invasive Schaderreger im Obst- und Weinbau – zusammen. Das Projekt läuft noch bis Ende nächsten Jahres. Das Gesamtvolumen beträgt 4,2 Millionen €.

(Folie 11: Schwerpunkt im Projekt: Kirschessigfliege)

Der Schwerpunkt hier ist die Kirschessigfliege mit verschiedenen Fragestellungen zu Biologie, Prognose und natürlich auch Bekämpfung oder Regulierung.

(Folie 12: Invasive Schaderreger im Projekt: Obstbau)

Ein weiterer Schaderreger, der uns wirklich ganz große Sorgen macht, ist die marmorierte Baumwanze. Auch sie ist asiatischer Herkunft. Sie hat im letzten Jahr in der Schweiz schon erste Schäden beim Kernobst verursacht. Wir haben sie auch in Deutschland und in Frankreich definitiv schon nachgewiesen. Wir erwarten im Grunde genommen jährlich eine Zunahme und damit auch Schäden.

Die Maulbeerschildlaus ist ein weiterer Schädling, der im Obstbau bearbeitet wird.

(Folie 13: Invasive Schaderreger im Projekt: Obstbau)

Weitere Schädlinge sind die Rote Austernschildlaus und die Scharka-Krankheit, die in Frankreich bei den Hauszwetschgen eine große Rolle spielt.

(Folie 14: Invasive Schaderreger im Projekt: Weinbau)

Beim Weinbau gibt es die goldgelbe Vergilbung – Flavescence dorée –, die wirklich sehr bedrohlich für den Anbau ist, sowie deren Vektor, nämlich das übertragende Insekt. Das ist die amerikanische Rebzikade, die wir innerhalb des Projekts auch schon nachgewiesen haben.

(Folie 15: Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!)

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Herr Bruno Mathieu (Dolmetscherübersetzung): Guten Tag allerseits! Ich möchte zunächst dem Präsidenten danken, dass er mich hier zu diesem Vortrag eingeladen hat. Es geht um das sehr interessante Thema der invasiven Mücken, vor allem der Tigermücke.

(Präsentation Anlage 2: „Moustiques invasifs et santé publique“, Folie 1)

Ich arbeite in der Medizinischen Fakultät in Straßburg. Ich arbeite mit Françoise Pfirsch zusammen. Sie arbeitet an dem gleichen Thema wie ich.

(Folie 2: Les moustiques invasifs)

Von dieser Mücke gibt es vor allem zwei Spezies, die für unsere Region wichtig sind: zunächst – links – *Aedes albopictus*. Das ist die Tigermücke; sie ist aus unserer Sicht am wichtigsten; sie ist ein wichtiger Überträger des Dengue-Fiebers, des Chikungunya und von Zikaviren.

Rechts sehen Sie *Aedes japonicus*. Sie ist ebenfalls invasiv, aber etwas weniger spektakulär. Sie überträgt die Japanische Enzephalitis und das Westnilfieber.

(Folie 3: *Aedes albopictus*)

Woher kommt die *Aedes albopictus*? Sie kommt vor allem aus Südostasien. Sie ist von morgens bis abends aktiv. Die meisten anderen Mücken sind nur in der Dämmerung aktiv. Sie ist üblicherweise in den Tropen vorhanden und haust dort auf Bambus. In wenigen Wassertropfen entstehen auf der Bambuspflanze viele Larven gleichzeitig. Es gibt dort sehr viele kleine Bereiche, in denen sich diese Larven verbreiten. Das ist schwer zu bekämpfen. Man findet sie auch in den Blütenständen von Helikonia.

Im Winter gibt es in den gemäßigten Zonen eher eine Diapause. Diese Spezies hat aber bereits eine Strategie entwickelt, um bei uns doch noch zu überwintern.

(Folie 4: *Aedes albopictus*)

In gemäßigten Zonen haust die Tigermücke vor allem in Baumlöchern. Sie hat sich auch an andere Umgebungen angepasst. So haust sie jetzt z. B. auch in Reifen. Wenn in der Nähe von Wäldern Reifen gelagert werden, dann hausen diese Tigermücken auch in solchen Reifen, weil da ja oftmals auch kleine Wasserpfützen entstehen. Die Reifen werden dann in Container verladen, und damit verlädt man auch diese invasiven

Mücken. Auf diese Weise sind in wenigen Jahren schon fünf Kontinente infiziert worden.

Dann ist es natürlich auch so, dass diese Mücken durch Fahrzeuge, durch Züge weiterverbreitet werden. Dadurch haben sie eine immer größere Reichweite und Ausbreitung.

(Folie 5: Etat des lieux en France métropolitaine)

Sie sehen hier eine Karte, wo diese Spezies im April 2017 schon haust. In den roten Bereichen ist es ganz sicher; da gibt es bereits eine umfangreiche Population dieser Spezies. In den orangen Bereichen hat man solche Mücken schon gefunden, aber noch nicht nachgewiesen, dass sie von Jahr zu Jahr in immer wieder größeren Mengen auftauchen.

Wenn man sich dann den Oberrhein ansieht, stellt man fest, dass die Populationen jetzt im Elsass schon als gesichert gelten können. Das wird bald auch rot werden, und zwar auch auf deutscher Seite. Man sieht, dass diese Region am Oberrhein sehr interessant ist, weil es da eine Lücke gibt zwischen dem Süden und dem Zentrum Frankreichs. 33 Departements in Frankreich sind bereits von dieser Spezies kolonisiert.

(Folie 6: Plans de lutte en France)

Es gibt in Frankreich einen Plan zur Bekämpfung von Chikungunya und des Dengue-Fiebers sowie der entsprechenden Mücke. Wenn in einem Departement eine Population einer Tigermücke festgestellt wird, ist automatisch der Departement-Rat zuständig. Es gibt einen Plan für die Departements hier am Rhein. Das Ganze wird vom Gesundheitsministerium koordiniert. Dann beginnt die Mückenbekämpfung mit entsprechender wissenschaftlicher Unterstützung meines Instituts.

Dieses Vorgehen ist dreiteilig: Als Erstes gibt es eine entomologische Überwachung. Wenn zweitens eine Person in einer Zone, wo die Tigermücke aktiv ist, eine solche Krankheit aufweist, die von der Tigermücke übertragen werden kann, dann gibt es bereits einen Plan, was da zu tun ist. Drittens gibt es dann auch die entsprechenden Warnzeichen, die hier vom Departement entwickelt worden sind.

(Folie 7: Evolution de la présence d'Ae.albopictus autour de Strasbourg)

Hier sehen Sie die Verbreitung der Tigermücke in der Gegend um Straßburg herum. 2014 gab es die ersten Auffindungen in Schiltigheim. Im Jahr darauf hatten wir hier schon zwei Populationen der Tigermücke und im Süden von Straßburg eine weitere. Sie sind orange eingezeichnet. Das sind kleinere Populationen der anderen Mückenart *Aedes japonicus*, die ich auch erwähnt habe. Das hat sich räumlich noch nicht verstreut, aber die Populationen, die wir festgestellt haben, werden immer größer.

(Folie 8: Moustiques invasifs et santé publique)

Es gibt also wirklich ein Gesundheitsrisiko, wenn ein Fall einer solchen Krankheit importiert wird. Nun sind hier also auch die Mücken vorhanden, die diese Krankheit weiterverbreiten können. Wir haben diese drei Länder hier am Oberrhein, in denen diese Spezies bereits vorhanden ist. Das habe ich ja schon gezeigt. Es geht um Überwachung, Bekämpfung und Prävention. Aber das Ganze ist zwischen den Ländern noch nicht genügend koordiniert. Wir haben uns jetzt darum bemüht, ein INTERREG-Projekt zu diesem Thema zu entwickeln. Hierbei geht es vor allem um die wissenschaftliche und technische Unterstützung für die Verwaltungen und Behörden und auch um die Einschätzung des Gesundheitsrisikos, das durch diese Mücken besteht.

(Folie 9: Projet dans le cadre d'INTERREG V)

Hier sind ein paar der wichtigen Aspekte. Das Projekt für die Tigermücke und die andere Mückenart heißt abgekürzt TIGER. Wir wollen da grenzüberschreitend Hilfe für die Verwaltungen anbieten, und wir wollen Instrumente entwickeln, die die Verwaltungen dann einsetzen können, um zu reagieren, auch um auf Bürgerfragen zu antworten. Wir haben Anfang des Jahres Formulare erstellt, und wir wollen bis Ende August ein vollständiges Formular vorlegen.

(Folie 10: Projet dans le cadre d'INTERREG V)

Das sind die Träger dieses Vorhabens für die drei Länder. Das sind die wissenschaftlichen Partner. Sehr viele weitere Partner machen mit, Departement-Räte, die Gesundheitsbehörden usw.

(Folie 11: Projet dans le cadre d'INTERREG V)

Die Zielsetzung ist also, die wissenschaftliche und fachliche Unterstützung für die Behörden zu bieten. Wir wollen deshalb auf der Basis einer Expertengruppe hinsichtlich der Überwachung und der Prävention arbeiten. Es geht darum, nicht nur das Fachwissen zusammenzutragen und fachliche Informationen zusammenzutragen, sondern auch darum, den Institutionen die entsprechenden Informationen zu liefern, die man braucht, um auch Bürgerfragen zu beantworten und entsprechend in die Öffentlichkeit hinein zu kommunizieren.

(Folie 12: Merci pour votre attention!)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Präsident Josef Frey: Vielen Dank, Herr Mathieu. Ich glaube, Sie haben in eindrucksvoller Weise zusammen mit Ihrer Kollegin deutlich gemacht – wie es auch der Vorsitzende der Kommission eingeführt hat –, dass invasive Pflanzen- und Tierarten keine Grenzen kennen. Insofern ist es wichtig, dass die Kommunikation zwischen den drei

Ländern auch keine Grenzen kennt, sondern dass sie bei diesem Thema intensiv gepflegt wird.

Frau Gabi Rolland: Ich habe zunächst eine Frage zu der Tigermücke, die gerade angesprochen worden ist: Wird denn in dem Projekt auch darüber nachgedacht, wie vielleicht eine gemeinschaftliche Bekämpfung der Tigermücke in den drei Regionen durchgeführt werden kann? Ich glaube, auch das ist ein wichtiges Thema. Die Gefahr ist erkannt. Der Landtag von Baden-Württemberg, zumindest die zuständigen Ausschüsse, hat sich bereits mehrfach mit dieser Fragestellung beschäftigt. Aber nach meinem Eindruck ist die Gefahr noch lange nicht gebannt. Deswegen müssen wir sicherlich auch im Rahmen eines solchen Projekts darüber nachdenken, wie eine reale Bekämpfung stattfinden kann.

Eine zweite Frage habe ich zur gesamten Resolution „Invasive Pflanzen- und Tierarten im Oberrheingebiet“: Sind wir uns denn darüber einig, um welche Arten es sich hier handelt und wie wir sie gemeinschaftlich bekämpfen?

Herr Bruno Mathieu (Dolmetscherübersetzung): Vielen Dank für diese Frage. Was die Kommunikation angeht, will dieses Projekt natürlich, dass man gemeinsam über die beste Methode für diese Kommunikation nachdenkt, natürlich auch in beiden Sprachen. Wir möchten unsere Botschaft wirklich an die jeweilige Region und auch an die Lebensweise der Bürger dort anpassen – so, wie man sich dort eben in den Gärten verhält. Es ist ja möglicherweise so, dass man sich in den Regionen unterschiedlich verhält, was die Gärten der Leute angeht. Das muss in der Kommunikation entsprechend angepasst werden.

Diese Mücke, die ich vorhin bereits gezeigt habe, kann nach dem jetzigen Stand der wissenschaftlichen Kenntnisse nicht völlig ausgerottet werden. Aber eine gemeinsame Bekämpfung setzt auch voraus, dass die Bürger mitmachen, damit möglichst wenig von diesen Populationen überlebt. Wir können aber nicht in den privaten Bereich eingreifen, um überall in den Gärten die kleinsten Konzentrationen zu bekämpfen. Wir brauchen deshalb auch die Hilfe der Menschen, der Bürger. Das Ganze könnte natürlich auch für den Tourismus gefährlich werden, wenn die Populationen noch größer werden.

Herr Daniel Adrian (Dolmetscherübersetzung): Ich gebe eine Antwort auf die Frage. Die ersten beiden Punkte unserer Resolution sind am wichtigsten. In Ziffer 1 wollen wir mit Nachdruck auf der Notwendigkeit bestehen, im gesamten Oberrheingebiet koordinierte Präventions- und Bekämpfungsmaßnahmen auf trinationaler Ebene zu ergreifen. Das steht im ersten Absatz. Das ist eigentlich der allerwichtigste Punkt. Das habe ich auch vorhin schon gesagt. Wir haben festgestellt, dass jedes Land an diesem Thema arbeitet und da auch die Experten sehr intensiv tätig sind, dass man das aber nicht gemeinsam macht, nicht in Abstimmung miteinander. Das ist der erste, der wichtigste Punkt.

Ziffer 2 bezieht sich auf die Information. Es ist wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger über das Vorhandensein invasiver Pflanzen- und Tierarten, über die diesbezüglichen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Risiken und über die Präventionsmaßnahmen, die zum Schutz davor zu ergreifen sind, informiert werden. Natürlich sind es die gleichen Spezies, von denen wir hier sprechen, sowohl was die Tiere als auch die Pflanzen angeht. Es ist wichtig – sehr wichtig –, dass die Bürger darüber aufgeklärt werden, weil wir ihre Mitarbeit brauchen. Ich erinnere mich an das, was Frau Erler vorhin gesagt hat. Sie hat von einer besseren Information für die Bevölkerung gesprochen. Genau darum geht es hier.

Präsident Josef Frey: Ich möchte mir den Hinweis erlauben, dass diese Resolution genau das zum Ziel hat, dieses mangelnde Wissen hier bei uns zu ergänzen bzw. auch einen gewissen Nadelstich – keinen Insektenstich – im Bereich der politischen Ebene zu stechen, um zu fragen: Was kann die Exekutive hier tun? Das ist ja das Spannende hier im Oberrheinrat, dass wir jetzt die Exekutivseite anschreiben werden und um Stellungnahmen bitten werden. Ich bin gespannt auf die Stellungnahmen.

Herr Dr. Frank Mentrup: Wir sind ja durch die Befassung heute ein Stück weit in den Status des Expertentums bezüglich der Tigermücke gekommen. Falls ich danach gefragt werden sollte, bräuchte ich aber noch zwei weitere Informationen.

Bei uns in der Gegend macht die Kommunale Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung der Schnakenplage eine höchst erfolgreiche Arbeit und gibt dieses Enzym, dieses Eiweiß ab, das man dann in die entsprechenden kleinen Gärten und Teiche einführen kann, auch an die Gärtnerinnen und Gärtner sowie Hausbesitzer ab, um die normalen Schnaken zu bekämpfen. Für mich ist daher eine entscheidende Frage, bevor ich damit in die Öffentlichkeit gehen kann, ob die bisherigen Maßnahmen der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft – dieser Eiweißstoff, den man in das Wasser einbringt – auch gegen diese Mücken helfen. Denn dann hätten wir zumindest im nördlichen Oberrheingebiet eigentlich ein durchaus profundes Mittel, das man nur intensiver bekannt machen müsste. Das wäre die erste Frage.

Die zweite Frage ist – das könnte man aber auch dem Protokoll noch anfügen –, wie denn die Übertragungswege dieser Krankheiten sind. Wird da eine Krankheit von Mensch zu Mensch über die Mücken übertragen, oder gibt es einen eigenen Entwicklungsabschnitt dieser Krankheiten bei den Tieren selbst? Es wäre relativ wichtig, auch das zu wissen, um entsprechenden Fragen dann die richtigen Antworten entgegenhalten zu können.

Herr Reinhold Pix: Ich möchte die Gelegenheit nutzen, prophylaktisch darauf hinzuweisen – auch wenn der Vortrag vorher den Eindruck erweckt hat, dass die *Drosophila suzukii* gerade vor allem im Obstbau eine bedeutende Rolle spielt und dort entsprechende wirtschaftliche Schäden hervorruft –, dass wir es hier am Oberrhein mit dem

größten zusammenhängenden Weinbaugebiet – ich behaupte das einfach einmal, wenn ich das Elsass, Baden, die Südpfalz, aber auch Teile der Nordschweiz betrachte – im ganzen europäischen, vielleicht sogar weltweiten Kontext zu tun haben. Bei der Kirschessigfliege handelt es sich um einen typischen Schädling des Klimawandels und seiner Folgen, der uns 2014 das erste Mal erreicht und auch den Winzerkollegen und -kolleginnen die Panik ins Gesicht geschrieben hat. 2015 und 2016 sind wir Gott sei Dank einigermaßen verschont geblieben, zumindest im Weinbaubereich. Aber 2017 kommen wir – vor allem durch die klimatische Entwicklung, wie wir sie auch heute haben, und wenn das den Sommer über anhält – womöglich in die Situation, dass wir dann wieder eine große Welle erleben werden und dann massive wirtschaftliche Schäden zu befürchten sind.

Ich möchte einfach dafür plädieren, diese Gefahr nicht zu unterschätzen, sondern ernst zu nehmen und alle Anstrengungen zu unternehmen, hier gemeinsam grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten und auch in neuen Dimensionen zu denken, zumal es auch noch zu einem ökologischen Kollaps kommt, der sich abzeichnet. Denn das ist die Besonderheit, wenn man mit chemischen Pestiziden und Insektiziden die Bekämpfung vornimmt, dass wir vom Jahreszeitpunkt her zum ersten Mal Insektizide einsetzen, wenn die Honigbienen und auch Wildbienen ihre Wintertracht einfahren. Das ist das Besondere. Das heißt, wir haben es hier letztendlich mit einem riesigen Problem zu tun.

Es gibt verschiedene Maßnahmen, die man ergreifen kann und muss, die vor allem im Forschungsbereich, aber auch was die Förderung der Weinwirtschaft insgesamt angeht, große Herausforderungen für uns bedeuten. Deshalb noch einmal der Appell an dieser Stelle, das nicht auf die leichte Schulter zu nehmen.

Herr Dr. Fritz Brechtel: Ich wollte nur ergänzen, was Herr Mentrup gesagt hat, dass die KABS tatsächlich seit mehreren Jahrzehnten äußerst erfolgreich die Stechmücken bekämpft. Ich wollte nur dem Eindruck entgegenwirken, dass diese Insektizide nicht auf das Thema der KABS anzuwenden seien. Das sind keine chemischen Insektizide, sondern es ist ein Bazillus, der hier eingesetzt wird. Das ist die anerkannt umweltfreundlichste Methode, um Stechmücken zu bekämpfen.

Ich wollte nur bei Herrn Mathieu noch einmal nachfragen, ob es tatsächlich stimmt, dass dieser *Bacillus thuringiensis* gattungsspezifisch ist, also ausschließlich oder fast ausschließlich auf Stechmücken wirkt und nicht auf andere Insektenarten – dies vor allem vor dem Hintergrund, dass es einige Wissenschaftler gibt, die Gedankenspiele anstellen, die Stechmückenbekämpfung am Oberrhein zu vermindern. Dem, meine Damen und Herren, sollten wir ganz entschieden entgegentreten. Denn Stechmücken sind in der Lage, ihre Populationen ganz rasch wieder aufzubauen, sodass wir dringend auf eine Dauerbekämpfung angewiesen sind, um die Lebensqualität der Menschen am Oberrhein zu erhalten, um die touristische Qualität am Oberrhein zu erhalten und auch um die Gesundheit der Menschen am Oberrhein zu erhalten. Wir brauchen also ganz dringend die Stechmückenbekämpfung, vor allem mit den Methoden, die die KABS anwendet, mit dem *Bacillus thuringiensis*.

Herr Bruno Mathieu (Dolmetscherübersetzung): Danke für diese Fragen. Ich werde versuchen, gleichzeitig auf beide Fragen zu antworten. Es geht da um eine natürliche Bakterie, die sehr nützlich ist gegen normale Stechmücken. Das ist ein Bazillus, der gewissermaßen jede Stechmücke bekämpft. Das Problem ist, dass es bei diesen schädlichen Organismen, also den Schnaken, die z. B. von der KABS bekämpft werden – auf der französischen Seite gibt es etwas ganz Ähnliches –, um große Bereiche geht. Diese Spezies können über den Hubschrauber angegriffen werden. Das sind ja auch alles Lagerstätten im ländlichen Bereich, wo sich diese Populationen aufhalten.

Die Tigermücke findet man aber auch in der Stadt. Sie finden sie nicht nur auf dem Land, sondern z. B. auch in Blumentöpfen, wenn da Wasser steht, oder auch in Regenwassertonnen. Wir können natürlich nicht in alle Privatgärten gehen, um dort dieses Granulat mit dem entsprechenden Insektizid zu verbreiten. Es geht wirklich darum, die Menschen aufzuklären, dass sie selbst ihren Garten entsprechend behandeln, dass sie das Regenwasser entsprechend abdecken oder für Drainagen sorgen.

Präsident Josef Frey: Können Sie noch etwas zur Gattungsspezifität sagen? Ich weiß nicht genau, ob das übersetzbar ist. Es geht um das spezifische Gattungsverhalten bei diesen invasiven Insektenarten. Das war auch die Frage von Herrn Dr. Brechtel. Bezieht sich das nur auf die eigene Gattung, oder kann das auch anders übertragen werden?

Herr Dr. Fritz Brechtel: Die Frage war, ob es tatsächlich so ist, dass sich der *Bacillus thuringiensis israeliensis*, um den es da geht, in seiner Wirksamkeit tatsächlich hauptsächlich auf Stechmücken bezieht.

Herr Bruno Mathieu (Dolmetscherübersetzung): Dieser Bazillus wirkt gegen alle Schnaken, alle Stechmücken. Die Untersuchungen in den Labors haben das immer wieder bestätigt. Da gibt es keine Resistenzen, und zwar bei allen Spezies. Diesen Bazillus kann man also gegen alle Mückenarten verwenden. Aber man kann nur die Arten bekämpfen, bei denen man auch zur rechten Zeit und am richtigen Ort Zugang zu den Populationen hat.

Herr Dr. Frank Mentrup: Mir ist noch einmal die Frage ganz wichtig, ob dieses Eiweiß auch gegen die Tigermücke wirkt. Diese Frage wird jetzt bejaht. So habe ich das jetzt verstanden.

Das Zweite ist: Ich halte es dennoch für wichtig, diese KABS-Methoden noch einmal im Hinblick auf die Tigermücke zu vertiefen. Ich hatte ja auf das Beispiel verwiesen, dass man diesen Eiweißkörper auch an die Privatgärtner abgibt und dort jeder in seinen ei-

genen Teichen oder auch Tümpeln, die er nicht abdecken will, die entsprechenden Mücken ausrotten kann.

Für das Protokoll ist mir noch einmal wichtig, hervorzuheben, dass da keine Bazillen ausgesetzt werden – auch wenn das ein bisschen flapsig immer so formuliert wird –, sondern dass aus den Bazillen ein Eiweißkörper gewonnen wird, der dann sozusagen als toter Eiweißkörper ausgebracht wird. Er wird von den Larven gefressen, und die lösen sich dann mehr oder minder auf. Das ist ganz wichtig, weil die Menschen sonst Angst bekommen, wenn man ihnen sagt: „Da werden Bazillen ausgebracht.“ Das stimmt nicht. Ich bitte darum, auch das immer sehr präzise zu handhaben. Sonst können wir uns das nämlich an bestimmten Stellen und bei einer bestimmten Klientel sparen.

Die zweite Frage, die ich noch hatte, ist nicht beantwortet worden. Ich bitte, das dem Protokoll einfach anzuhängen: Wie sind die Übertragungsweisen von diesen Krankheiten? Das möchte ich wissen, damit man das ungefähr einschätzen kann: Geht es darum, dass dann etwas von Mücke zu Mücke oder von Mücke zu Mensch übertragen wird, oder wie läuft das genau?

Aber wir führen hier jetzt eine Fachdiskussion, die unseren Zeitrahmen sprengt. Insofern kann man das vielleicht einfach dem Protokoll anheften, damit wir vor Ort dann auch die entsprechenden Antworten haben.

Herr Bruno Mathieu (Dolmetscherübersetzung): Zur Ergänzung: Das Produkt ist in der Tat das Protein, das durch den Bazillus entsteht. Der Bazillus selbst wird nicht verteilt. Die Bakterien selbst spielen keine Rolle mehr, ob das jetzt bei der KABS oder bei dem entsprechenden Organ auf französischer Seite ist. Man gibt das auch den Privatleuten. Das sind kleine Pillen, die sie in ihrem Garten oder in ihrem Teich verwenden können. Aber das ist schon auf bestimmte Vorkommen beschränkt. Man kann das bei einigen Vorkommen benutzen, aber nicht überall.

Nun die Frage der Übertragung. Dengue-Fieber und Chikungunya werden nur durch die Mücke übertragen. Das wird nicht von Mensch zu Mensch übertragen. Das muss über die Mücke gehen. Das heißt: Die Mücke infiziert sich bei einem Kranken. Das Virus vermehrt sich in der Mücke und wird dann nach einer gewissen Frist auf den nächsten Menschen übertragen.

Herr Daniel Adrian (Dolmetscherübersetzung): Ich glaube, Ihnen allen ist klar geworden, wie wichtig dieses Thema ist. Ich habe mich über die Fragen, die Sie gestellt haben, sehr gefreut. Denn sie zeigen, welche Befürchtungen sich ergeben. Aber es ist uns gelungen, Antworten zu finden.

Sie haben sehr wohl auch verstanden, worum es in unserer Entschließung heute Morgen geht, die wir Ihnen zur Abstimmung vorlegen. Der wichtigste Punkt darin ist eben

die Aufklärung – die Aufklärung über die Methoden, über das, was wir tun können, was jeder Einzelne für die Pflanzen, aber auch für die Tiere tun kann. Ich wiederhole noch einmal: Auch für die Pflanzen ist das wichtig. Die haben wir in der Diskussion ein bisschen vernachlässigt. Wir haben die entsprechenden Informationen auch für die ganze Branche, z. B. für die Samenhändler. Es gibt ja auch Informationen speziell für die Branche.

Dann ist das Thema, dass wir die Dinge unter den drei Ländern voranbringen müssen. Es darf nicht mehr nur darum gehen, nur darüber zu sprechen. Jetzt müssen wir zu Aktionen kommen und etwas tun. Vorhin ist vom Departement Niederrhein gesprochen worden. Aber auch am Oberrhein gibt es Tätigkeiten in diesem Bereich, z. B. die sogenannten grünen Brigaden, die in der Schnakenbekämpfung tätig sind. Das wollte ich noch hinzufügen, Herr Präsident.

Da Sie mir das Wort gegeben haben, möchte ich noch sagen, dass die nächste Sitzung der Kommission am 9. Oktober stattfinden wird, und zwar in der Landwirtschaftsschule in Obernai. Da wird es um den Flussausbau im Oberrheinbereich gehen. Da geht es auch um die Raumordnungspolitik der drei Länder, und auch da müssen gemeinsame Ziele gesetzt werden.

Präsident Josef Frey: Ich würde vorschlagen, dass wir in das Begleitschreiben, das wir den Resolutionen an die verschiedenen Gebietskörperschaften und Verwaltungen immer beifügen, mit aufnehmen, dass man den Erkenntnisstand, der im Augenblick auf der kommunalen Ebene besteht, hier vielleicht explizit auch mit einbezieht und dort abfragt.

Der Oberrheinrat stimmt der Resolution „Invasive Pflanzen- und Tierarten im Oberrheingebiet“ einstimmig zu.

Punkt 8 Neue Resolutionsentwürfe des Vorstands

Präsident Josef Frey teilt mit, es gebe einen Resolutionsentwurf aus dem Vorstand. Es handle sich um die Resolution „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen (Rettungsdienst und Feuerwehr) am Oberrhein stärken“.

Im März sei er zu einer Sitzung der Arbeitsgruppe Katastrophenhilfe in die Nordwestschweiz eingeladen worden. Er habe sich dort einen Eindruck darüber verschaffen können, wie die Situation vonseiten der Oberrheinkonferenz betrachtet werde. Es gebe bereits eine Vielzahl von grenzüberschreitenden Einsätzen im Bereich der Feuerwehren und der Rettungsdienste. Allerdings würden die Unterstützungsstrukturen nach seiner Erfahrung wohl sehr unterschiedlich angenommen. In Baden-Württemberg hätten beispielsweise rund 1 800 Primärrettungen mit dem Schweizer Hubschrauber der Rega

stattgefunden. Es habe zwei Hubschraubereinsätze eines baden-württembergischen Hubschraubers in der Schweiz gegeben. Dies seien die Zahlen von 2016. Zwischen der Region Elsass und Baden-Württemberg gebe es darüber hinaus nur vereinzelte Hubschraubereinsätze in beiden Richtungen. Aus diesem Grund sei es wichtig, zu sehen, wie ohne Berücksichtigung der nationalen Grenzen in der schnellstmöglichen Weise Patienten versorgt werden könnten und ob dort auch administrative Hürden beseitigt werden könnten.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Rettungsdienste am Oberrhein

**Vortrag: Markus Lapp,
Kreisgeschäftsführer im DRK-Kreisverband Lörrach
und ständiges Mitglied der regionalen AG TriNat**

Herr Markus Lapp: Sehr geehrter Herr Frey, sehr geehrte Mitglieder des Oberrheinrats! Zunächst vielen Dank für die Möglichkeit, dass wir unsere Arbeitsgruppe bei Ihnen vorstellen können. Der Dank ist auch von unseren Mitgliedern an Sie gerichtet, mit denen ich vorab diesen Bericht abgestimmt habe.

(Präsentation Anlage 3 – Markus Lapp: „AG TriNat“ – Folie 1)

Zunächst vielleicht etwas zur Klarstellung. Wir haben noch etwas eingefügt, wie Sie sehen, und zwar die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Rettungsdienste im Dreiländereck. Das ist das Thema unserer Arbeitsgruppe. Das heißt – wir werden das auch gleich sehen –, die Organisationen, die dort mitwirken, gehören eher zur Stadt Basel, zum Departement 68, und zum Landkreis Lörrach. Darüber hinaus sind wir im Moment nicht tätig.

(Folie 2: Entwicklung der AG TriNat)

Vielleicht zunächst etwas zu der Fragestellung: Wie hat sich denn diese Arbeitsgruppe entwickelt? Initial dafür war eine große Übung. Diese nannte sich „Regiokat 2006“. Das war eine große Übung auf dem Rhein, bei der erstmals in größerem Rahmen alle Hilfsorganisationen der drei Länder zusammenwirken mussten. Aus dieser Übung ergaben sich schon einige Problemstellungen in der Zusammenarbeit und viele Erkenntnisse. Ich glaube, das Wichtigste, was sich aus dieser Übung ergeben hatte, war das Kennenlernen des Colonel Dr. Francis Levi aus Frankreich, von SDIS 68, und von Herrn Dr. Hans-Peter Volkmer, dem Leitenden Notarzt hier im Landkreis Lörrach. Die beiden haben sich dort kennengelernt und fortan immer wieder zu Austauschen getroffen.

Nach dieser Übung „Regiokat 2006“ gab es natürlich weitere Übungen. Von Übung zu Übung wuchs die Idee, sich zusammenzusetzen und eine kleine Arbeitsgruppe zu gründen, die sich mit verschiedenen Fragestellungen rund um die Bevölkerungsschutz-

themen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei Schadensereignissen kümmert.

(Folie 3: Die AG TriNat hat sich zur Aufgabe gemacht, ...)

Ich habe in dieser Folie einmal versucht, das zu fassen. Wir sind in der nicht polizeilichen Gefahrenabwehr tätig, und wir kümmern uns um die technische, aber auch um die präklinische Rettung. Wir befassen uns also nicht nur mit rettungsdienstlichen Themen, sondern auch mit Feuerwehrthemen oder Themen der Wasserrettung. Das alles sind die Aufgaben, mit denen wir zu tun haben.

(Folie 4: Wer bildet die AG TriNat?)

Hier sehen Sie noch einmal kurz abgebildet, wer dort im Moment wirkt. Ich hatte es gesagt: Das ist einmal in Frankreich SDIS 68, aber es sind natürlich auch die Notärzte – SAMU 68 – mit Sitz in Toulouse. In der Schweiz sind es die Rettung Basel-Stadt und das Universitätsspital Basel und hier angehängt die Leitende Notarztgruppe Nordwest-Schweiz unter Vorsitz von Herrn Dr. Zürcher. In Deutschland ist es einmal der Kreisbrandmeister des Landratsamts Lörrach, auch mit der Notarztgruppe, und das Deutsche Rote Kreuz mit dem Thema Rettungsdienst, aber auch dem Katastrophenschutz.

(Folie 5: Warum benötigt man überhaupt grenzüberschreitende Rettung?)

Die Frage, die uns umtreibt und die wir auch vorstellen wollen, lautet: Warum braucht man grenzüberschreitende Rettung? Jedes Land hat für sich eine gewisse Vorhaltung an Brandschutz, an Feuerwehrstrukturen und auch Strukturen für den rettungsdienstlichen Einsatz. Das funktioniert im normalen Arbeitsalltag der Organisationen sehr gut. Aber die Frage ist: Was machen wir, wenn es zu einem Busunfall kommt, beispielsweise auf der deutschen Seite hier vor Basel? Wie können wir das bewältigen? Es gibt jeweils Rettungswagen in den drei Ländern.

Um das zu verdeutlichen, möchte ich Ihnen einige Zahlen nennen. Hierbei gilt nicht die Zahl der maximal verfügbaren Fahrzeuge, sondern die Zahl der Fahrzeuge, die in diesem Moment auch frei und einsatzbereit zur Verfügung stehen. Da gibt es eine Vorhaltung. In Deutschland sind es z. B. etwa zehn Rettungswagen. Die meisten davon sind aber auch im Einsatz, weil sie natürlich die Bevölkerung versorgen. So ist es auch in Basel-Stadt als auch in Saint-Louis der Fall, dass diese Fahrzeuge im Einsatz sind. So ist es nach unserer Einschätzung maximal möglich, dass aus jedem Land maximal vier Rettungswagen sofort, wenn jetzt etwas passieren würde, zur Verfügung stehen.

Jetzt überlegen Sie einmal: In einem Reisebus sitzen 40, 45 Personen. Da erkennt man schnell, dass man mit vier Rettungswagen nicht viel ausrichten kann. Was bliebe uns jetzt übrig, wenn wir das nicht mit grenzüberschreitender Rettung verbessern würden? Wir müssten Einheiten aus Freiburg oder aus Waldshut hinzurufen. Diese Einheiten hätten sicherlich eine Anfahrtszeit von mehr als einer Stunde. Die Situation in Saint-

Louis ist in etwa gleich. Da geht es vielleicht ein wenig schneller, dass die nächsten Einheiten aus Mulhouse oder aus Altkirch kommen. Aber alle sind der Meinung: Es ist wesentlich einfacher, man holt die Rettungsdienste direkt aus der Nachbarschaft, aus dem anderen Landesteil. Das war einmal ein Beispiel aus der präklinischen Versorgung.

(Folie 6: Karte)

Dann gibt es ein Beispiel aus der technischen Versorgung. Wir haben einen Hochhausbrand, oder ein Industriegelände brennt. Man muss von mehreren Seiten versuchen, den Brand zu löschen. Dazu bedarf es spezieller Ausrüstung. Das sind sogenannte Drehleitern oder auch Teleskopmastfahrzeuge. Davon sind in Saint-Louis im Moment zwei stationiert. Nun bräuchte man vielleicht zwei oder drei weitere von diesen Spezialfahrzeugen. Wo kommen sie dann konkret her? Fordert man sie aus dem eigenen Land an, oder sagt man: „Wir haben in Basel-Stadt jeweils zwei dieser speziellen Fahrzeuge; oder auch in Weil am Rhein oder in der Stadt Lörrach gibt es diese Fahrzeuge auch; also fordere ich die konkret an, um die Situation möglichst schnell in den Griff zu bekommen“?

(Folie 7: Sonderlagen Chemieunfälle)

Ein weiteres Beispiel sind Sonderlagen Chemieunfälle. Das ist ein Bild von einem Ereignis, das sich leider einmal hier in der Stadt Lörrach zugetragen hat. Das ist ein regionales Foto. Die Wolke war tatsächlich genauso orange, wie Sie sie auf dem Bild sehen. Dort ist eine Chemikalie ausgetreten. Auch hier ist die Fragestellung – das hatten wir gerade schon beim vorherigen Thema –: Chemikalien machen auch vor der Grenze nicht Halt und treten über. Ein wichtiges Thema dabei ist, die Ausbreitung und die Gefährdung für die Bevölkerung frühestmöglich zu erkennen. Hierzu gibt es bereits eine regionale Messgruppe am Oberrhein. Das heißt, auch hier wirken die drei Länder bereits zusammen und haben sich verständigt auf die Art und Weise, wie man die Detektion der Chemikalie vornimmt.

(Folie 8: Ertrinkungsunfall einer Person auf dem Rhein)

Das sind Großeinsätze. Wir beschäftigen uns natürlich auch mit Einsätzen des Alltags.

Ich habe hier einen speziellen Fall, den ich Ihnen gern vorstellen wollte. Das ist noch gar nicht so lange her. Es war am 23. März 2016. Eine Person fiel in den Rhein und wurde vermisst. Sie wurde durch die Feuerwehr in Saint-Louis gesichtet und gerettet, konnte aber über das französische Rheinufer nicht weiterverbracht werden, weil die Gegebenheiten sehr schlecht waren. Man hat sich entschieden, die Person an die deutsche Rheinseite zu verbringen und dem deutschen Rettungsdienst zu übergeben. Da die Person zu diesem Zeitpunkt bereits 45 Minuten leblos im Wasser trieb, können Sie sich vorstellen, dass diese Person unter Reanimationsbedingungen ins Krankenhaus transportiert wurde. In diesem besonderen Fall war es in das Universitätsspital nach Basel. Ich kann die Geschichte heute hier mit gutem Gewissen vortragen, weil die Per-

son, die gerettet wurde, das Krankenhaus nach zwei Wochen auf eigenen Füßen wieder verlassen hat. Das ist also in diesem Fall gut gegangen.

Sie sehen: Hier arbeiten die drei Länder ganz konkret zusammen. Diese Zusammenarbeit kann man nicht dem Zufall überlassen, sondern hier braucht man Absprachen. Das ist eigentlich das Hauptthema unserer Arbeitsgemeinschaft, dass wir uns zusammengefunden haben und dass wir uns seit den letzten drei Jahren – das ist das erste Wesentliche – gegenseitig so gut kennen und auch so gut verstanden haben, wie die Rettungsdienste auf der anderen Seite funktionieren, dass wir im Detail schnell vorwärtskommen.

(Folie 9: Was wurde bislang in der AG TriNat erreicht?)

Als Erstes wurde die interne Kommunikation zwischen den Notrufleitstellen auf einen aktuellen Stand gebracht. Das wird heutzutage mit Faxvordrucken geregelt. Dann haben wir die jeweiligen Strukturen nicht nur für die Führungskräfte, sondern auch für die Einsatzkräfte vorgestellt. Das heißt, es gibt Veranstaltungen, auf denen die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kräfte zusammenkommen und sich jeweils über die Möglichkeiten des anderen Landes informieren.

Für dieses Jahr haben wir noch eine Stabsrahmenübung geplant, um den Wissensstand weiter voranzutreiben. Das heißt, wir werden ein kleines Übungsszenario entwerfen und schauen, wie das dann auch in einem solchen Fall funktioniert. Für das nächste Jahr wollen wir dann aus diesem Gremium heraus einmal wieder eine größere Einsatzübung planen und das Theoretische dann möglichst auch wieder in die Praxis umsetzen.

(Folie 10: Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Für Fragen stehe ich gern zur Verfügung.

(Beifall)

Frau Margret Mergen: Ich hätte eine Anregung, was Rettungsflüge angeht. Es gibt ja die Rettungshubschrauber, die tagsüber im Einsatz sind. Das ist in Baden-Württemberg Usus; ich denke, auch in Rheinland-Pfalz. Für die Nachtflüge gibt es bisher meines Wissens nur Einsatzmöglichkeiten von der Schweiz aus. Jetzt haben wir aber im Oberrheinraum doch einen relativ großen Korridor zwischen Offenburg, Baden-Baden, Karlsruhe und Mannheim, der nachts nur sehr schwer von der Schweiz aus erreichbar ist. Deswegen würden wir gern anregen, auf dem Baden-Airpark – da ist im Moment ein Rettungshubschrauber im Einsatz; da ist auch die Werft für alle deutschen Rettungshubschrauber – für Baden-Württemberg auch einen Nachthubschrauber zum Einsatz zu bringen. Das betrifft vor allem Spezialtransporte zu Spezialkliniken. Ein solcher Hubschrauber könnte dann tatsächlich auch in den Nachtstunden für die gesamte Region, vielleicht auch einschließlich Straßburg, Versorgungstransporte durchführen.

Meines Wissens gibt es einen Nachtflugrettungshubschrauber in Baden-Württemberg bisher nur in Villingen-Schwenningen. In anderen Bundesländern ist das schon wesentlich verbreiteter. Der Baden-Airpark wäre optimal, weil er siedlungsfern ist und da keine Beeinträchtigungen wären.

Herr Markus Lapp: Dafür bin ich jetzt kein Spezialist. Ich kann Ihnen nur aus meiner Erfahrung aus der Zeit vor zehn, 15 Jahren berichten. Da hat man von Nachteinsätzen von Rettungshubschraubern Abstand genommen. Meines Wissens gab es zu jener Zeit eine Vorgabe, dass Hubschrauber, die nachts fliegen, immer mit zwei Piloten besetzt sein müssen. Bei der Polizei ist das generell so. Heute gibt es natürlich verbesserte Nachtsichtmöglichkeiten für diese Maschinen. Vielleicht hat sich da etwas geändert. Aber ich bin da nicht der Experte für die Luftrettung. Da müsste man vielleicht noch einmal jemanden fragen, der sich im Detail damit auskennt.

Präsident Josef Frey: Ich stehe deswegen seit geraumer Zeit mit dem baden-württembergischen Innenministerium in Kontakt. Nun soll eine zweite Stelle dafür eingerichtet werden. Meines Erachtens kommt dort den Bereichsausschüssen eine wesentliche Bedeutung zu, die für die Stationierung und auch die Finanzierung dieser nachflugfähigen Hubschrauber im Rettungsdienst zuständig sind.

Herr Dr. Christoph Schnaudigel: Herr Lapp, ich habe eine Frage. Sie haben jetzt über die Zusammenarbeit hier im Dreiländereck berichtet. Ist Ihnen bekannt, dass es eine ähnlich intensive Zusammenarbeit darüber hinaus auf dem Gebiet des Oberrheinrats gibt, insbesondere zum Thema Übungen, Stabsrahmenübungen, die Sie angesprochen haben?

Herr Markus Lapp: Mir ist bekannt, dass die Kollegen aus Kehl eine sehr enge Zusammenarbeit mit Straßburg pflegen. Darüber hinaus sind mir keine weiteren Projekte bekannt. Da ist dann, denke ich, die Oberrheinkonferenz das Gremium, das eher einen gesamthaften Eindruck darstellen kann.

Präsident Josef Frey: Ist denn Frau Gaudin vom Regierungspräsidium Karlsruhe hier? Sie ist Vorsitzende der Arbeitsgruppe Katastrophenhilfe der Oberrheinkonferenz. Ich denke, sie bringt darüber ihre Informationen in die Arbeitsgruppe ein.

Es lag mir auch ein bisschen auf der Zunge, Herr Lapp. Wenn ich Sie jetzt so gehört habe, könnte man ja sagen: Es läuft ja alles wie geschmiert. Wo sehen Sie denn noch Verbesserungsmöglichkeiten?

Herr Markus Lapp: Wir sehen natürlich auch, dass es nach Norden und nach Westen hin mit der Zusammenarbeit etwas weniger wird. Dabei muss man natürlich immer auch das Gefährdungspotenzial im Auge behalten. Unsere Arbeitsgruppe hat natürlich das Gefährdungspotenzial, das wir hier im Dreiländereck haben, besonders im Auge. Wir haben hier vieles. Wir haben den EuroAirport, wir haben den neuen ICE-Tunnel bei Efringen-Kirchen; da mussten wir auch einige Planungen machen. Dann heißt es: „Machen Sie einmal eine Abwehrplanung für 400 bis 600 Reisende in einem Zug.“ Das alles sind Themen, die unsere Möglichkeiten sprengen, sodass wir uns in den letzten drei Jahren erst einmal hauptsächlich um uns gekümmert haben.

Im Moment treibt uns um, dass wir auf der Suche nach den rechtlichen Vorgaben bzw. den rechtlichen Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nicht alles zusammen haben. Ein großer Wunsch wäre, dass man das vielleicht einmal an einer Stelle aufarbeitet und die Unterlagen griffbereit hat.

Dieser Tage war bei uns z. B. die Frage: Dürfen Notärzte Betäubungsmittel über die Grenzen mitführen? Da sind wir mittlerweile selbst so weit, dass wir sagen: Eigentlich müsste das geregelt sein. Aber es wäre schön, wenn wir final noch einmal eine Aussage bekämen. Das alles ist nicht ohne Rechtsbeugung oder Rechtsbruch möglich.

Darüber hinaus bestehen auch Fragen hinsichtlich der Versicherungen. Sind Helfer, wenn sie grenzüberschreitend tätig werden, versichert? Sind Notärzte, wenn sie grenzüberschreitend Patienten versorgen, versichert? Diese Dinge müssten in der Tat angegangen werden.

Frau Sylvia Felder: Ich möchte noch einmal etwas zum Thema Nachtflug sagen. Technisch ist es so, dass das keine eigenen Hubschrauber sind, sondern dass die Piloten entsprechend ausgebildet sein müssen. Bei den Hubschraubern dreht es sich nur darum, dass die Innenbeleuchtung heruntergedreht werden muss. Aber bei den Piloten muss eine Ausbildung mit Nachtflugsichtgeräten vorhanden sein.

Dann brauchen wir eine 24-Stunden-Betreuung. Das hat in Deutschland – das ist hier ein ganz großes Thema – natürlich auch mit unseren Krankenkassen zu tun. Das muss dann auch gewährleistet werden.

Wir sollten sicherlich an dieses Thema herangehen. Auf der anderen Seite, denke ich, sollten wir als Oberrheinrat vielleicht auch sehr bewusst Wert darauf legen, zu sagen: Das ist jetzt einmal ein Thema, bei dem die internationale Zusammenarbeit klappt. Darauf sollten wir auch stolz sein. Trotzdem muss natürlich jeder für sich entsprechend Vorsorge treffen. Aber noch einmal zur Klarstellung: Es geht nicht um den Hubschrauber an sich, sondern um das Verhalten der Menschen, die mit Nachtflugsichtgeräten fliegen können.

Herr Dr. Patrick Rapp: Als jemand, der aus dem Rettungsdienst kommt, gelingt es mir vielleicht, etwas Licht ins Dunkel zu bringen. Zum einen noch einmal kurz zur Flugrettung. Das Land Baden-Württemberg erteilt zwar generell die Genehmigung für entsprechende Standorte, aber das Angebot der Nachtluftrettung wird tatsächlich von den Bereichsausschüssen, sprich von den Kostenträgern einerseits und den Leistungsträgern – das ist bei uns in aller Regel die Deutsche Rettungsflugwacht – andererseits verhandelt. So sind wir momentan in der Situation, dass wir in Baden-Württemberg zwei sogenannte Sekundärhubschrauber haben, die nachflugtauglich sind. Einer ist in Stuttgart und einer in Freiburg stationiert. Diese können mit entsprechenden Sondergenehmigungen nachts fliegen. Außerdem haben wir einen Primärrettungshubschrauber, der jetzt in Villingen-Schwenningen stationiert ist und wohl auch dort bleiben wird.

Traditionell bedient sich Baden-Württemberg eigentlich immer der Rega-Flugstaffeln in der Schweiz, u. a. auch in St. Gallen. Das ist eine gewachsene Struktur. Das liegt einfach auch daran, dass – damit komme ich zu einer zweiten Ebene – zum einen die Fluglizenzen gegenseitig erteilt sind, zum anderen aber auch das Sprachproblem relativ gering ist. Das heißt, die Bordbesatzung des Hubschraubers kann direkt Funkkontakt mit bodengebundenen Fahrzeugen aufnehmen. Das sieht auf der Strecke entlang der französischen Grenze ein bisschen anders aus. Sowohl deutsche als auch französische Hubschrauberbesatzungen haben Schwierigkeiten, eine Kontaktaufnahme im jeweils anderen Land bis hin zur Ausleuchtung des Landeplatzes vorzubereiten.

Zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Rettungsdienste insgesamt – Herr Lapp, Sie haben das angesprochen – gibt es rechtliche Fragen: Wie sind die entsprechenden Arzneimittelgesetze harmonisiert? Es geht aber auch weiter mit der Frage der Abrechnungstechnik. Kann eine französische Krankenkasse überhaupt erstatten, wenn ein deutscher Notarzt auf französischer Seite rettet? Umgekehrt ist es genau dasselbe. Wir haben aber auch organisatorisch noch Unterschiede, auch was die Fahrzeuginnen-ausstattung und den Austausch von medizinischen Geräten angeht. Auch hier sind wir nicht harmonisiert. Das sind Punkte, die einem sowohl im Bereich der Rettungsdienste als auch im Bereich des Feuerwesens Stück für Stück letztendlich immer auch die Probleme des Alltags bedingen.

Präsident Josef Frey: Ich denke, das Thema ist besonders wichtig, auch weil sehr viele Freiwillige oder Ehrenamtliche in diesem Bereich tätig sind, damit sie sich mit einer gewissen Sicherheit in das andere Land begeben können und wissen, was im Fall des Falles – dass sie verunglücken – passiert oder in welchem Rechtsrahmen sie sich da bewegen. Es wurde vor allem die Bündelung und die Aktualisierung von bestehenden Vereinbarungen angesprochen, die es schon gibt, die aber offenbar auf verschiedenen Gesetzesebenen zu lokalisieren sind. Diese sollten, so weit es geht, möglichst zusammengefasst vorliegen.

In diese Richtung zielt auch die Resolution, insbesondere in Ziffer 7, wo es um die Bündelung sowie um Transparenz und Information der Betroffenen geht, damit der Notarzt

oder auch der Helfer zum Helfen in das andere Land gehen kann, ohne selbst Nachteile zu bekommen.

Der Oberrheinrat stimmt der Resolution „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen (Rettungsdienst und Feuerwehr) am Oberrhein stärken“ einstimmig zu.

Punkt 9 Wahlvorschlag – Vorstand

Präsident Josef Frey legt dar, gemäß Artikel 15 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Oberrheinrats schlage jede Delegation der Versammlung einen Vizepräsidenten vor. Die Delegation der Nordwestschweiz habe nun Herrn Dr. Christian von Wartburg vorgeschlagen. Er sei Mitglied des Großen Rates des Kantons Basel-Stadt und Vorsitzender der Regiokommission.

Herr Dr. Christian von Wartburg (erster sowie letzter Absatz: Dolmetscherübersetzung): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin Schäfer, sehr geehrte Anwesende, Mesdames et Messieurs! Ich freue mich sehr, dass ich mich heute hier als Kandidat für die Vizepräsidentschaft dieses wunderbaren Oberrheinrats präsentieren darf. Ich würde gern auf Französisch fortfahren, aber meine Französischkenntnisse sind doch beschränkt; deshalb wage ich nicht, dies zu tun, und werde auf Deutsch weitermachen.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit lebt. Das hat dieser Morgen für mich eindrucksvoll aufgezeigt. Die Themen sind vielfältig. Sie sind notwendig. Sie sind enorm wichtig; sie sind lebenswichtig, wie wir gerade aus dem Bereich der Rettung gehört haben. Grenzen sind etwas, womit wir alle aufgewachsen sind. Sie spielen aber – das sieht man immer wieder – beispielsweise bei der Rettung oder auch bei der Tigermücke überhaupt keine Rolle, wenn es wirklich darauf ankommt.

Ich habe, seit ich in dieses Gebiet hineinwachse, im Kontakt mit vielen Menschen immer ein bisschen den Eindruck, unsere Region wird ein bisschen zu wenig wahrgenommen für das, was sie ist. Sie steht aus der Sicht der Schweizer etwas in dem Ruf als Ort, wo man günstig im Ausland einkaufen kann. Aus Sicht der französischen oder deutschen Seite ist das vielleicht ein Ort, wo man mehr Lohn bekommt, wenn man in einem anderen Land arbeitet. Ich möchte mich sehr für unsere Region einsetzen als eine der spannendsten Regionen in ganz Europa mit der unglaublichen kulturellen Vielfalt, die wir haben, die jede Grenze sprengt, mit dieser großartigen Bevölkerung, die wirklich – ich glaube, das zeigt dieser Oberrheinrat exemplarisch – enorm zusammengewachsen ist und in einem friedlichen Europa, einem Europa der Regionen zusammenlebt.

Kurz zu meiner Person. Ich bin in Riehen aufgewachsen, gleich hier rechts von Ihnen, an einem Hügel an der Grenze, was dazu geführt hat, dass ich als kleines Kind wahrscheinlich häufiger in Deutschland gespielt habe als in der Schweiz. Wir waren immer im Wald, und der Wald war schnell deutsch. Das wussten wir natürlich genau. Das war auch noch ein bisschen spannend. Ich hoffe, diese Spannung hat bei den heutigen Kindern nachgelassen.

Ich habe dann, u. a. in Genf, Jura studiert. Da war die Sprache ein Problem. Das gebe ich ganz offen zu. Ich bin dann nach Basel gewechselt, einfach auch deshalb, weil es einfacher war, auf Deutsch Jura zu studieren. Ich bin heute Anwalt, spezialisiert im Strafrecht. Ich bin Fachanwalt und mache hauptsächlich Strafverteidigungen.

Politisch bin ich in der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Basel-Stadt. Ich bin dort seit 2012 im Großen Rat. Wir arbeiten auch im Großen Rat Basel-Stadt trinational. Wir sind dabei, die Tramlinie 3 nach Saint-Louis auszubauen. Sie kennen die Tramlinie, die wir zusammen mit den Deutschen bereits nach Deutschland gebaut haben. Wir sind sehr trinational aufgestellt. Ich selbst habe sogar einen Vorstoß eingereicht – bevor ich gewusst habe, dass ich je hier sitzen werde – für eine trinationale Bewerbung zur „Kulturregion Europa“, die ich mir am Oberrhein so vorgestellt habe, wie das im Ruhrgebiet einmal gemacht worden ist. Ich denke, das wäre eine schöne Angelegenheit, um weiter zusammenzuwachsen.

Hier im Oberrheinrat möchte ich mich für das Amt des dritten Vizepräsidenten bewerben. Ich bin dabei sehr dankbar für die Unterstützung von meinen beiden Schweizer Vorstandskollegen Peter Brodbeck und Roland Agustoni. Ich bin hier neu. Ich bin am Lernen. Ich bin bescheiden. Ich werde versuchen, mich einzubringen. Ich hoffe, dass mir das einigermaßen gelingen wird.

Auf Kommissionsebene darf ich bei der Kommission Verkehr, Raumordnung und Katastrophenhilfe dabei sein. Das ist für mich insofern wichtig, als wir in Basel – Sie wissen das; es wurde Ihnen vorgestellt – an diesem trinationalen S-Bahn-Projekt arbeiten und da wirklich auf die Unterstützung aus der ganzen Region angewiesen sind. Wir müssen uns in der Schweiz durchsetzen, dass wir dieses Projekt auf die Schiene oder auf die Straße – oder wohin auch immer – bekommen. Wir sind sehr dankbar, wenn gerade aus Deutschland und aus Frankreich große Unterstützung hierzu kommt, vielleicht sogar auch bis hin zu der Idee, dass man die Idee trinationale S-Bahn in eine trinationale Fernbahn ummünzt, damit man die Reisezeiten von Nord nach Süd in diesem Gebiet noch weiter verkürzen kann. Ich glaube, da machten wir etwas für die Bevölkerung – vielleicht eher für unsere Enkel als für uns selbst; aber ich glaube, das ist etwas, was wirklich wichtig ist. Denn wenn wir daran denken, wie wichtig es ist, dass wir uns auch begegnen müssen, dann brauchen wir eben auch die notwendigen Infrastrukturen dazu.

Ich bin mit ganzem Herzen Europäer. Das merken Sie vielleicht. Ich bin aber auch Schweizer. Wie Sie wissen, sind wir in der Schweiz mit der Europäischen Union noch nicht ganz so weit, um beizutreten. Ich bin aber der Auffassung – das ist mein ganz persönliches Gefühl, nichts anderes –, dass die EU in dieser globalisierten Welt immer

noch das einzige Modell darstellt, in dem eine Autorität existiert, die nationale Souveränität begrenzen kann. Das ist eine große Errungenschaft. Das ist mehr, als man meint. Ich glaube auch, dass in dieser Europäischen Union etwas überlebt – nicht ich habe das gesagt, sondern das war jemand anders; da zitiere ich –, das unmittelbar aus den besten Traditionen der europäischen Aufklärung stammt.

Die Europäische Union ist ein Friedensprojekt und u. a. darum mit das Wichtigste, was wir in unserer Region haben. Sie steht für Frieden, für friedliches Zusammenleben. Wir alle wissen, dass das nicht immer so war.

Konkrete Projekte: Mein Wunsch wäre, dass wir alle hier es in irgendeiner Form schaffen, die Lebensrealität für die Menschen zu verbessern. Das beginnt bei kleinen Aspekten, die vielleicht nicht ganz so wichtig sind. Denken Sie z. B. an ein Ticket, mit dem Sie von Basel nach Freiburg, von dort aus nach Saint-Louis und dann wieder zurückfahren können, ohne dass Sie sieben verschiedene Automaten benutzen müssen. Denken Sie an das Beispiel mit den Roaming-Gebühren, bei dem die EU wieder vorangeht. Ich habe gerade gelesen, dass die EU ab 15. Juni 2017 die Roaming-Kosten abgeschafft hat. Das verändert die Realität für die Leute. Das macht es einfacher. Heutzutage haben Sie wahrscheinlich alle ein Mobiltelefon dabei. Dort läuft ununterbrochen das Roaming. Es ist gut, dass die EU die Gebühren dafür abgeschafft hat. In der Schweiz stehen wir da wieder ein bisschen abseits und müssen in unserer Delegation schauen, dass wir da mit Ihnen gleichziehen können, weil das natürlich gerade in einer Grenzregion für die Menschen, die pendeln, enorm kompliziert ist. Ich weiß nicht, ob sie da ständig drei SIM-Karten wechseln. Das kann man alles machen. Aber es ist doch eigentlich nicht notwendig. Es ist heutzutage viel einfacher technisch lösbar. Auch in solchen Angelegenheiten möchte ich mich einbringen.

Es bleibt mir, Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit zu danken. Setzen wir uns in Bewegung! Ich freue mich, mit Ihnen zusammenarbeiten zu dürfen. Es ist mir wirklich eine große Ehre, mit Ihnen hier sitzen zu dürfen. Wir wollen uns auf den Weg machen. „Mettons-nous en marche“ ist natürlich nichts anderes als ein Ausdruck.

Ich bedanke mich und wünsche noch einen schönen Nachmittag.

(Beifall)

Präsident Josef Frey: Ich denke, Sie haben deutlich gemacht, dass wir voneinander profitieren können. Die deutsche und die französische Seite profitieren vielleicht von der Rega bei Nacht. Jetzt sind wir mit der EU einen Schritt vorausgegangen, was die Roaming-Gebühren betrifft. Das gibt der Schweiz die Gelegenheit, bei diesem Thema auch bald nachzuziehen. Aber das geht eben Schritt für Schritt. Diejenigen, die schon länger im Oberrheinrat dabei sind, wissen, dass auch Rom nicht in einem Jahr erbaut wurde. Wir arbeiten weiter daran. Ihre engagierte Rede hat deutlich gemacht, dass auch Sie bereit sind, Ihren Beitrag hier zu leisten.

Der Oberrheinrat wählt Herrn Dr. Christian von Wartburg bei einer Stimmenthaltung mit allen übrigen Stimmen zum dritten Vizepräsidenten.

Punkt 10 **Verschiedenes**

Präsident Josef Frey verweist auf den in den Unterlagen enthaltenen Schriftwechsel und ergänzt, die Delegierten hätten noch eine Unterlage erhalten mit der letzten Information des baden-württembergischen Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport zur Frage des Französischunterrichts in der Grundschule in Baden-Württemberg.

Er erklärt, am 13. Juli finde im Historischen Kaufhaus in Freiburg ein Festakt zum Jubiläum des Oberrheinrats statt. Dieser Festakt sei extra auf 18:00 Uhr gelegt worden, damit die französischen Kollegen rechtzeitig zum Feuerwerk am 14. Juli zurückfahren könnten. Leider gebe es offenbar noch andere Terminkollisionen. Er gibt zu bedenken, ob diese möglicherweise durch Stellvertretungen, z. B. in parallel tagenden Ausschüssen, geregelt werden könnten.

Herr Dr. Frank Mentrup: Ich möchte noch einmal auf das Thema „Französisch in der Grundschule“ zurückkommen. Wir haben jetzt einen Text aus dem Kultusministerium als Tischvorlage bekommen. Ich möchte nur darauf hinweisen: Da wird auf eine Studie von Baumert verwiesen. Wenn ich das aus meiner eigenen Tätigkeit als Landtagsabgeordneter noch richtig in Erinnerung habe, hat Herr Baumert überhaupt nichts dagegen, schon in der ersten Klasse mit einer Fremdsprache zu beginnen. Er hat seinerzeit nur gesagt: Da es offensichtlich nicht möglich ist, mehr Deutsch und Mathematik in den ersten beiden Jahren zu etablieren, sollte man diese Stunden dann lieber aus dem Französischen herausnehmen. Ich bitte noch einmal darum, dass wir diese Diskussion sehr fundiert führen und hier auch die entsprechenden wissenschaftlichen Ergebnisse gut aufgearbeitet bekommen, damit nicht ein Eindruck entsteht, der überhaupt nicht darin steckt, wenn man einmal genauer hinschaut. Darauf möchte ich einfach kurz verweisen, nachdem das heute hier so aufgelegt wurde. Ich möchte darum bitten, dass wir da wirklich genau hineinschauen, ob das jeweils auch etwas mit der Fremdsprache zu tun hat oder vielleicht mit anderen Erwägungen.

Frau Gabi Rolland: Ich muss mich leider für den Festakt „20 Jahre Oberrheinrat“ – nicht 30 Jahre, wie die Staatsrätin gemeint hat; auch wenn es einem manchmal so lang und so zäh bei unserer Arbeit vorkommt –, entschuldigen, weil leider die Ausschüsse im Stuttgarter Landtag tagen. Da ist es leider nicht möglich, pünktlich um 18:00 Uhr bei einem Festakt zu sein, weil auch innerhalb Baden-Württembergs die Fahrzeiten mit der Deutschen Bahn doch recht lang sind. Deswegen bitte ich schon jetzt um Entschuldi-

gung. Ich bitte darum, zukünftig vielleicht auch zumindest auf die Plenararbeit der Mitglieder hier Rücksicht zu nehmen. Das war das eine.

Das Zweite ist, eine Bitte, die die deutsche Delegation in ihrer Vorbesprechung formuliert hat, an Sie heranzutragen – vor allem an Sie, Herr Adrian, als Vorsitzender der Kommission für Landwirtschaft, Umwelt, Klima und Energie. Wir würden es sehr begrüßen, wenn wir uns in der Kommission damit beschäftigen würden, was es denn für Auswirkungen bringt, dass in der Schweiz ein Bürgervotum zum Atomausstieg stattgefunden hat, dass in Frankreich nun eine neue Regierung besteht, die eine sehr große parlamentarische Unterstützung hat. Dazu gehört vielleicht auch die Anregung, sich auf deutscher Seite einmal anzuschauen, was der baden-württembergische Kraftwerksbetreiber, die Energie Baden-Württemberg, im Bereich des Abbaus eines Atomkraftwerks alles zu bewerkstelligen hat. Ich habe mir das schon selbst angeschaut und muss sagen: Ich bin nachhaltig beeindruckt von dem, was da passiert. Deswegen wäre es eine große Bitte, dass wir uns auch diesem Thema noch einmal annähern.

Herr Jean-Marie Belliard (Dolmetscherübersetzung): Ich habe heute einige Dinge zum wiederholten Mal gehört, nämlich die Schwierigkeiten rechtlicher und gesetzgeberischer Art, auf die wir uns immer wieder beziehen. Bärbel Schäfer hat vorhin von der Tradette gesprochen. Am Freitag haben wir dazu schon wieder eine Sitzung in Nancy. Das Thema ist genau dieser Austausch über die Grenze hinweg. Da haben sich viele Dinge ergeben. Aber es besteht offensichtlich ein Unterschied zwischen unseren Ländern in der Regierungsart. Ein Bundesland kann sehr viel schneller reagieren als eine zentralistische französische Regierung. Da gibt es mitunter Schwierigkeiten. Da hat man das Gefühl, man redet aneinander vorbei, auch wenn die Dinge schon in Gang gesetzt worden sind. Natürlich kommen wir voran. Aber es darf kein Rückwärtsgang sein, mit dem wir vorankommen.

Ich möchte, dass wir einmal nachdenken und dass wir uns auch an unsere Regierungen wenden, damit die Möglichkeit entsteht – das war ja auch die Schlussfolgerung dieser Sitzung –, dass unsere Länder ein Statut der Grenzregionen als solches einfach anerkennen. Vielleicht kann man das zunächst auch als ein Experiment betrachten. Natürlich werden wir in unseren Ländern nicht die Gesetze brechen. Aber es sollten doch Möglichkeiten geschaffen werden, dass man in solchen Grenzregionen bestimmte Ausnahmen macht. Denn es darf nicht dazu kommen, dass wir aneinander vorbeireden und dass es zu nichts kommt.

Es wäre meine Bitte, einen solchen Antrag einmal gegenüber unseren Regierungen zum Ausdruck zu bringen.

Präsident Josef Frey: Ich denke, das ist noch ein wichtiger Beitrag am Schluss. Die entsprechende Kommission des Oberrheinrats von Herrn Schnaudigel wird sich in diesem Jahr auch noch zu einer gemeinsamen Sitzung mit der Oberrheinkonferenz treffen. Ich denke, das ist noch einmal ein Signal dafür, wie wichtig das Thema ist, sich frühzei-

tig in Raumplanungsfragen des Landes gegenüber dem Nachbarn äußern zu können. Insofern ist das schon aufgenommen; es muss aber auch vorangetrieben werden.

Gibt es weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall. Dann möchte ich vor allem den Mitarbeitern aus dem Landratsamt, aber auch den Mitarbeitern vom Landtag, die diese Sitzung vorbereitet haben, und meiner Mitarbeiterin aus dem Büro in Lörrach danken, dass alles hervorragend geklappt hat und wir fast mit einer Punktlandung zum Büfett schreiten können, zu dem Sie der Landtag von Baden-Württemberg einlädt. Sie können den Mittag hier mit einem Glas der Freundschaft beschließen. Ich wünsche Ihnen danach einen guten Nachhauseweg.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich schließe die Sitzung.

(Beifall)

Schluss: 12:36 Uhr